DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

KOMM ZU DEN BESTEN! *Komm zu uns!* ⊕ Seite 15

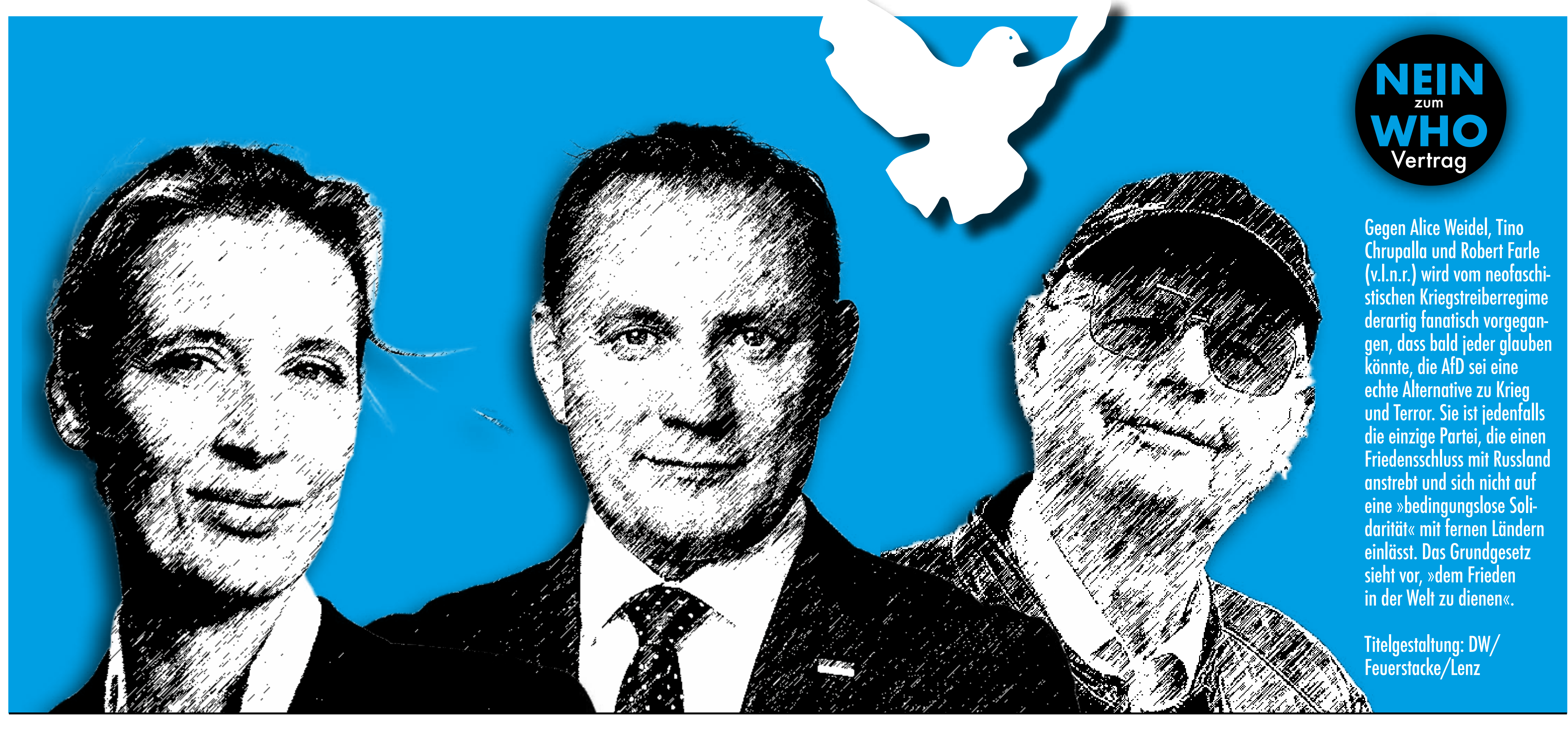
DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 171, Samstag, 27. April 2024 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Giorgio Agamben mit Julian Assange

EMA: ÜBER 20.000 TOTGESPRITZTE • ÜBER 600.000 SCHWERE NEBENWIRKUNGEN

IST DIE AfD DIE EINZIGE FRIEDENSPARTEI?



Gegen Alice Weidel, Tino Chrupalla und Robert Farle (v.l.n.r.) wird vom neofaschistischen Kriegstreiberregime derartig fanatisch vorgegangen, dass bald jeder glauben könnte, die AfD sei eine echte Alternative zu Krieg und Terror. Sie ist jedenfalls die einzige Partei, die einen Friedensschluss mit Russland anstrebt und sich nicht auf eine »bedingungslose Solidarität« mit fernen Ländern einlässt. Das Grundgesetz sieht vor, »dem Frieden in der Welt zu dienen«.

Titelgestaltung: DW/Feuerstacke/Lenz

»Wen kann man überhaupt noch wählen?« Seit Jahrzehnten kursiert diese oft rhetorische Frage, auf die der Fragensteller selber die Antwort gibt.

Diese Zeitung ist strikt parteiunabhängig, einzig der neuen deutschen Friedens- und Demokratiebewegung seit 28. März 2020 und dem DW-Redaktionsstatut verpflichtet (Seite 2 unten). Der Trick mit »der letzten Partei, die man überhaupt noch wählen kann« ist der Redaktion dieser Zeitung von den Jahrzehnten der Bündnisgrünen bekannt, die ab 1998 binnen weniger Tage an der Macht eine rasante Wendung genommen hat von einer basisdemokratischen Friedenspartei (»Ami go home«, Rudi Dutschke) zum Kriegstreiber schlechthin von Nato-Rüstungslobby und Finanzmarktkapitalismus.

Eine Kehrtwende um 180 Grad oder, um es mit den weltweit verlachten Worten der »grünen« Außenministerin Annalena Bärbock zu sagen: »Eine Kehrtwende um 360 Grad«, denn Anfang ist auch Ende, links ist rechts, oben ist unten und nach ein paar »Hunderttausend Kilometern« ist man schnell mal »präsidenzlos« in fernen Ländern (Bärbock; vgl. Seite 4). In Sachen Bildung und Begabung ist die AfD, trotz (oder wegen) relativ hohen Arbeiteranteils in den eigenen Reihen, den Bündnisgrünen bei Weitem überlegen. Aber reicht das zur Politikwende in BRD und EU, die geopolitisch nicht nur fest in den Händen der US-Besatzung sind, sondern deren Produkte? Hier kann nichts entschieden werden, in entscheidenden Fragen sind wir ein unterdrücktes Volk.

Doch das US-Imperium wankt, musste sich zuletzt nach 20 Jahren erfolgloser Besatzung aus Afghanistan zurückziehen. Mit der Ausrufung der Covid-Lüge wurde deutlich, dass die US-Dollarhegemonie aus dem letzten Loch pfeift und nur noch mit einem »großen Sprung nach vorn« (vgl. Mao Tse-Tung) in den digitalen Überwachungs- und Unterdrückungskapitalismus zu bewältigen zu sein scheint. Die Totgespritzten, Covid-Injektionsgeschädigten und Menschen mit dem langfristig lebensgefährlichen mRNA-Gift im Körper werden weiterhin ignoriert (Seiten 3, 12 und 13). Doch öffnet sich hinter all diesen apokalyptischen Skandalen der Gegenwart für Deutschland und die Südhalbkugel drei Generationen nach der Nazi-Schande vielleicht eine Öffnung in eine unabhängige, friedliche und freie Zukunft? Ist die AfD dazu womöglich ein Schlüssel?

⊕ Weiterlesen Seite 4

INHALT DW171

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 171. Ausgabe ab Samstag, 27. April 2024. | Redaktionsschluss war am 25. April. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: *demokratischerwiderstand.de*

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Giorgio Agamben mit Julian Assange, Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'Diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S •M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE71 1705 6060 0101 0320 64

Wir



Ja!
Republik, Gewaltenteilung, Demokratie

Der gute Politiker

Der Preis der Republik geht an Robert Farle

LAUDATIO von Anselm Lenz

Auf der Suche nach einem der wenigen Berufspolitiker, der glaubwürdig für die Menschen eintritt, sind wir auf einen Mann mit dem sprichwörtlichen spröden Charme gestoßen.

Sie alle hängen mit drin in der grauenhaften Maschine einer »Repräsentation«, die niemanden mehr repräsentiert, sondern nur noch von oben nach unten den Willen des Finanzkapitals und dessen Militärkomplexes »erklärt«.

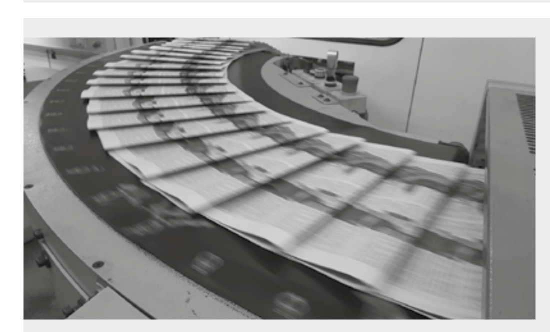
Kann man im Widerstand auf das perverse Schweinepack in den Parlamenten, das wir alle bezahlen und tragen sollen, einen Pfifferling geben? Sicherlich nicht. Aber der Mensch hofft. Auf Wagenknecht vielleicht, auf das bisschen Intelligenz, das dort noch im Bundestag zwischen Juristenschwemme und Lobbyisten-Dreck sitzt, auf Kubicki vielleicht, vielleicht Gysi, vielleicht auf den einen oder anderen AfDler oder ein paar ganz wenige Restcouragierte aus anderen Parteien. Und auf Robert Farle, den ersten Berufspolitiker, der wahrnehmbar und deutlich gegen die Corona-Lüge zu Werke ging und sich auch von der Nato nicht umpolen ließ.

Farle ist einer, der die Wahrheit ausspricht, sich für Frieden und Vernunft, für sinnvolle Lebensbedingungen einsetzt, der für die Interessen des Volkes innerhalb des durchdrehenden Apparates kämpft. Vor langer Zeit war er einer der ganz wenigen Kommunisten gewesen, die in der BRD Wahlerfolge holten. Farle holte als Stadtrat von Gladbeck in der Wendezeit sogar 13 Prozent für die DKP. Danach studierte er Jura für das Richteramt, machte dann seinen Weg ab 2015 in der AfD. Im Zuge der Auseinandersetzungen über den Kriegskurs verließ er 2022 Bundestagsfraktion und Partei. Er wird sich als aussichtsreicher parteiloser Kandidat zur Wiederwahl in seinem Wahlkreis Mansfeld-Südharz stellen.

Für seine Glaubwürdigkeit, seinen offenen Einsatz bei der Aufklärung der Corona-Lüge und gegen den Weltkriegskurs der BRD verdient Farle unseren Applaus, höchste Anerkennung und den derzeit angesehensten deutschen Öffentlichkeitspreis. Herzlichen Glückwunsch, Robert Farle!

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN ROBERT FARLE. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima, Youtuber Weichreite, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels, Firat Polat, Prof. Arne Burkhardt, Birger Bär, Ilse Ziegler, Ernst Wolff, Marianne Grimmenstein, Björn Banane, Dr. Heinrich Habig, Uwe G. Kranz, Uwe Steimle, Miro Wichers, Alex Quint & Thomas Schenk, Prof. Dr. Dr. Christian Schubert, Artur Helios, Jürgen Fliege, Mahnwache Bautzen, Collateral, Helge Spunkt, Milena Preradovic, Jürgen Elsässer, Stefan Homburg, Olli L., Martin Michaelis, Anthony Lee, Claus Weselsky, Martin Müller-Mertens, Ralf Tillenburg, Stella Assange, Colette Bornkamm-Rink, Arne Schmitt, Dr. Almuth Bruder-Bezzel, Dr. Bianca Witzschel, Paul Schreyer, Gordon Pankalla.



Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Gutenbergs Welt

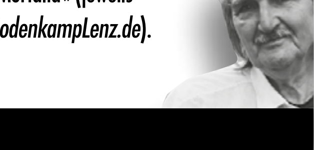
EINWURF | Von Dr. phil. Werner Köhne

Existiert sie noch oder ist sie im Mediendschungel, mehr noch, in einer Bücherschwämme untergegangen? Wer liest noch und warum?

Vor allem: Was wird gelesen und in welchem Zeitmaß entfaltet sich dieser Kosmos des Lesens? In welchem Verhältnis steht die haptische Erfahrung des Buchlesens zur digitalen Revolution von Sinn und Sinne? Hektisches Texten, das Fragmentierte, das Faktische und Schnellverfügbare stehen schon lange in tiefem Gegensatz zum langen Atem, den das Lesen eigentlich benötigt. Vor einigen Jahrzehnten noch regierte Gutenbergs Welt, bis dann multitaske Zersplitterung und beschleunigte Kommunikationsabläufe sie massiv an den Rand drängten. In den 1970er Jahren gab es in Köln die Buchhandlung »Bücherstube am Dom«. Sie galt als die zentrale und größte in der Domstadt, aber verglichen mit heute nahm sich dieses Domizil der Bücher eher bescheiden aus. Wer damals in Buchhandlungen ging, suchte noch häufig nach Belletristik, nach den Romanen der Großmeister des Fachs, auch nach moderner Prosa und selbst Lyrik, weniger nach Sachbüchern. Das sollte sich dann drastisch ändern. In den 1980ern drängten Romane wie »Die Säulen der Erde« auf den Markt , aber entscheidender war, dass das Buch nun im Modus des Sachlichen auftrumpfte, als eine Art Informationsmedium und Lebenshilfe-e.V.-Projekt. Heute dürfte das Sachbuch bei weitem über das belletristische Werk gesiegt haben. Man sucht den fixen Ratgeber oder den Kick der schnellen Aufklärung. Interessant ist, wie die letzten »Plandemiejahre« besonderen Einfluss auch auf alternative kritische Autoren ausgeübt haben. Eine Kultur der Verbote, Maßnahmen, Entlarvungen und Denuntiationen, vor allem aber das Damoklesschwert der Löschung im Netz ließ sie wieder das Buch entdecken.

Hier sind es wenige kleine Verlage, die dem Ansinnen der Autoren nachkommen. Allerdings fällt dabei folgendes auf: Ausschließlich diskursiv sachorientierte Beiträge werden von Verlagen und einem alternativen Lesermarkt akzeptiert. Belletristik, einst die Königin in Gutenbergs Welt, hingegen geht überhaupt nicht. Offensichtlich führte die von Anfang an geradezu wahnhafte Fixierung auf Aufklärung, Fakten und Meinungen dazu, dass alle anderen Formen und Sujets der Verarbeitung des Pandemieszenarios ausgeschlossen wurden. Wer etwa mit literarischen Texten bei alternativen Verlagen vorstellig wird, wird mit dem Hinweis auf den Markt müde weggelächelt. Bedauerlich – oder?

Im Verlag Sodenkamp & Lenz ist von Köhne der Lyrik-Band »Die Corona-Litanei« erschienen sowie der Essay-Band »Minima Mortalia« (jeweils im Buchhandel oder via *SodenkampLenz.de*).



NIEDERLANDE LEHNEN WHO AB

Das zentrale EU-Land macht Schluss mit dem weltweiten Coup. Japaner fordern Entschädigung von Injektionsopfern.
BERICHTE von NichtOhneUns Freiburg und DW-Redaktion

Das niederländische Parlament hat den »Pandemievertrag« der höchst umstrittenen »Weltgesundheitsorganisation« WHO am 19. April überraschend abgelehnt. Damit dürfte der totalitäre globale Putschversuch in Europa einen herben Rückschlag erlitten haben.

»Der Generalsekretär der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Tedros Adhanom Ghebreyesus, strebt eine grundsätzliche Einigung über den sogenannten Pandemievertrag bis zur jährlichen Vollversammlung der UNO-Unterorganisation Ende Mai an. Danach sollen die Mitgliedstaaten den Vertrag ratifizieren. Ob dies geschehen wird, ist unsicher. Neben den USA, wo es im Repräsentantenhaus starken Gegenwind gibt, wächst auch in den Niederlanden die Skepsis«, so schrieb NichtOhneUns Freiburg am 21. April 2024 (nichtohneuns-freiburg.de).

Die Südbadener führen weiter aus: »Der endgültige Vertragstext befindet sich weiterhin in Verhandlung unter den mehr als 190 Mitgliedstaaten der WHO«, wird Mona Keijzer von der Bürger und Bauernbewegung (BBB) zitiert. »Es liegen immer noch über 300 Änderungsanträge vor, über die noch abgestimmt werden muss. Es wäre daher unverantwortlich, den Vertrag überstürzt durchzuwinken. Die neue Regierung solle sich Zeit nehmen, die Inhalte zu studieren, zu bewerten und dann eine Position zu beziehen«, so die Oppositionelle.

Es gebe massive Bedenken vor einem Souveränitätsverlust zugunsten der WHO. Die scheidende niederländische Gesundheitsministerin Pia Dijkstra von den linksgerichteten Democraten 66 riet von einer Annahme des Antrags zur WHO-Ablehnung ab. Sie erklärte, dass ausreichend Verhandlungen geführt worden seien und es jetzt »nur noch um Details« gehe. Sobald der Vertrag unterzeichnet sei, müssten die Mitgliedstaaten ihn ohnehin ratifizieren.

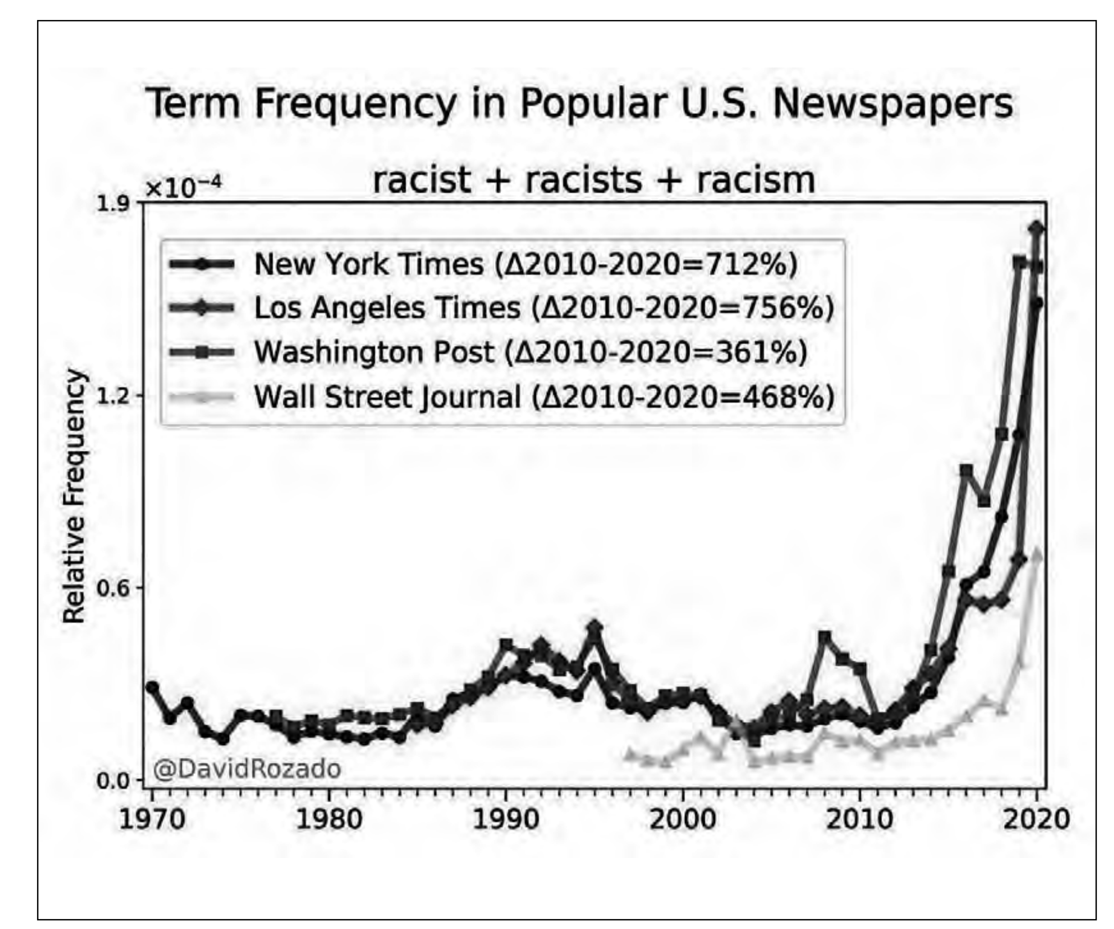
Die niederländischen Parteien PVV, NSC und BBB fürchten einen erheblichen Verlust an Souveränität im Falle des Inkrafttretens des Pandemievertrags, bis hin zu einem Verlust der Mitsprache im Falle einer erneuten »Plandemie«, der in Form der Corona-Lüge 2020 bis laufend, den totalitären Unterdrückungsmaßnahmen und dem Injektionsgenozid zu massiven Verwerfungen geführt hat. Zuletzt fiel die Corona-Lüge auch in der BRD »offiziell« in Form der freigeklagten RKI-Protokolle (DW berichtete). Es besteht in unserem Nachbarland die Befürchtung, dass die WHO die Niederlande unter dem Deckmantel des WHO-Vertrages zu weiteren Maßnahmen zwingen könnte, die von der Bevölkerung nicht akzeptiert würden.

JAPAN MIT DEMOS GEGEN INJEKTIONSGENOZID

Demonstrationen sind auf den japanischen Inseln selten. Bereits während des Unterdrückungsmaßnahmen begehrte das japanische Volk auf (DW berichtete u.a. in #DW48 vom 22. Mai 2021). Zuletzt regte sich wieder eine massive Bewegung mit Demonstrationen in japanischen Großstädten.

»Der emeritierte Prof. Masayasu Inoue«, von der medizinischen Fakultät der Universität von Osaka, »warnte dringend vor der nächsten Generation genetisch modifizierter, selbst-replizierender modRNA-Präparate«, so die Online-Plattform TKP (tkp.at am 25. April). Am 13. April hatten Zehntausende Japaner gegen die »WHO und ihre Oligarchen-Hintermänner« demonstriert und Entschädung der Hinterbliebenen der Totgespritzten sowie der durch Nebenwirkungen Geschädigten gefordert.

Es geht um weit mehr als um den Pharma-Skandal. Die US-Vizepräsidentin Kamala Harris hatte sogar öffentlich eingestanden, eines ihrer drei großen politischen Ziele sei die »Reduktion der Weltbevölkerung« (»reduce the population«). Die herrschende

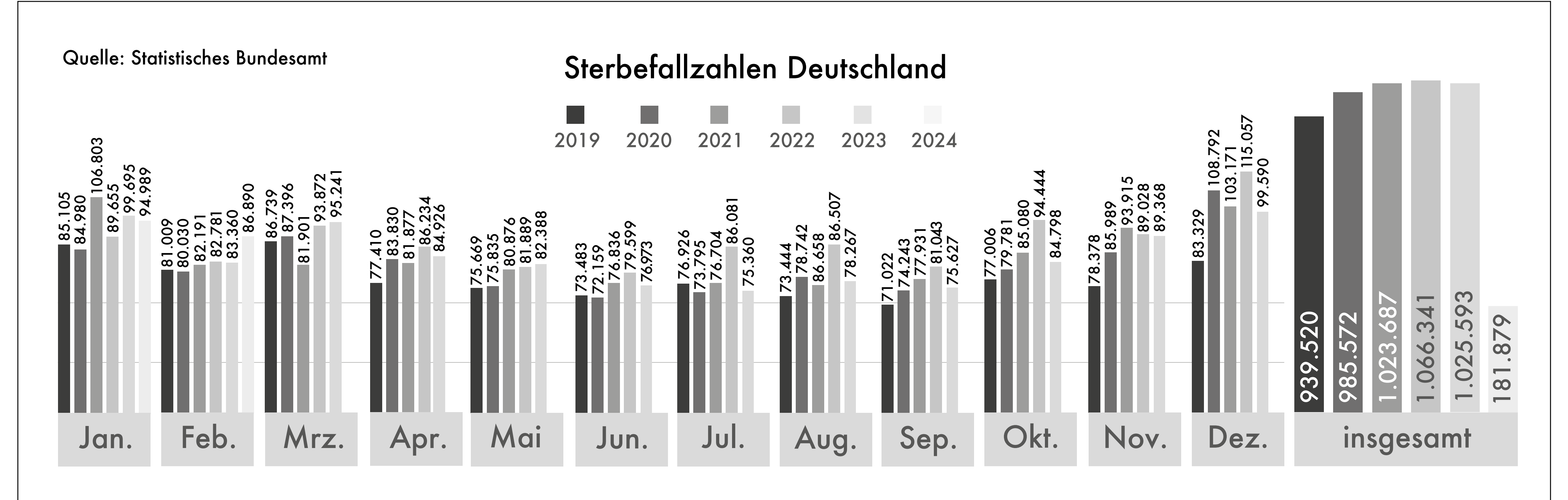


Exponentieller Anstieg vor dem Ausnahmezustand seit 2020: Grafische Darstellung der Verwendung der Begriffe »Rassist«, »Rassisten« und »Rassismus« in US-amerikanischen Zeitungen im Verlauf der Jahre. Grafik und Daten: David Rozado via Elon Musk/Xtwitter

Globalkaste will möglicherweise Millarden von Menschen töten oder unfruchtbar machen, was sich nach der nahezu zwangsweisen Anwendung der MRNA-Stoffe auch bereits zeitigt. Nur der Widerstand verhinderte die Einrichtung geplanter Konzentrationslager für Ungespritzte, die auch im sogenannten BMI-Panikpapier und weiteren Verlautbarungen aus dem Corona-Apparat anklangen oder sogar expliziert wurden (DW berichtete dazu ab #DW5 vom 16. Mai 2020).

Bei dem WHO-»Plandemievertrag« geht es also nicht allein um die Souveränität nationaler Gesetzgebung und dem Volk als Träger von Demokratie und Staat, sondern laut der Demonstranten weltweit um die Frage, ob selbsternannte Eliten iüber die Totspritzung und Unfruchtbarmachung von Menschen wie Vieh entscheiden lassen. Es zeichnet sich ein unfassbares und noch immer unvorstellbares Verbrechen ab, das DW seit vier Jahren teils weltführend mit aufdeckt.

Grundiert wird der »transhumanistische« (also nicht-humanistische, eher »übermenschliche«) Weltpútschversuch von der Frage, ob »wir als Menschheit« zuviele einzelne Menschen seien, als dass es für den Planeten Erde erträglich wäre. Darfs lieber ein Weltstaat mit nur noch 500 Millionen Menschen sein...? So erklärte sich auch die wahnhafte Zunahme der Thematisierung von »Rassismus« (Grafik) und konzernmedial und von oben qua Kampagne geschürter »woker« Ideologie, die auf ein Leben völlig ohne Familie und Kinder hinauslaufen.



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen.
Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

»USA« ist jetzt auch ein Nazi-Code

Und der »Bacon of hope« glänzt wieder – Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

Liebe Leser, vor wenigen Tagen stieß ich im Telegramkanal *Politische Bilder* auf das folgende Zitat: »Wenn man eine große Lüge erzählt und sie oft genug wiederholt, dann werden die Leute sie am Ende glauben. Man kann die Lüge so lange behaupten, wie es dem Staat gelingt, die Menschen von den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Konsequenzen der Lüge abzuschirmen. Deshalb ist es von lebenswichtiger Bedeutung für den Staat, seine gesamte Macht für die Unterdrückung abweichender Meinungen einzusetzen. Die Wahrheit ist der Todfeind der Lüge, und daher ist die Wahrheit der größte Feind des Staates.« Fühlen Sie sich bei diesen Worten möglicherweise an die vergangenen vier Jahre beziehungsweise die Gegenwart erinnert? Dann raten Sie mal, von wem dieses Zitat stammt! – Es wird Joseph Goebbels, einst Propagandaminister in Hitlers Nazi-Deutschland, zugeschrieben.

Kommen wir zu den aktuellen Politfiguren. Was die betrifft, wird es immer grotesker. Die grüne Außenministerin unseres Landes, Annalena »Bacon of hope« Baerbock, die trotz angeblichen Studiums an einer Londoner Elite-Uni mit ihren Englisch-Kenntnissen weltweit immer wieder für Aufsehen sorgt, ist auch in ihrer Muttersprache zunehmend kaum noch zu verstehen (Seite 14). In einem Interview mit den staatlichen *Tagesthemen* drehte sie jetzt völlig frei und lieferte ein Stammel-Interview ab, bei dem sich die Zuschauer eigentlich hätten fragen müssen, ob es sich um eine Satire-Sendung handelt. Aber ich befürchte, dem Großteil des ÖRR-Publikums dürften die Seltsamkeiten kaum aufgefallen sein. Vermutlich hat die »Impfung« einen noch größeren Schaden verursacht, als ohnehin schon bekannt ist.

Doch der Reihe nach: Während des G7-Außenministertreffens auf Capri brachte Baerbock im *Tagesthemen*-Interview kaum einen Satz unfallfrei heraus. In Bezug auf die Lage in Nahost erklärte sie, Israel habe einen »Defensieg« errungen, ehe sie sich korrigierte und von einem »Defensiv-Sieg« fabulierte, den man nun »diplomatisch absichern« müsse. Der Iran sei »das am meisten sanktionierte Sanktionsregime«, so Baerbock weiter. »Führende Kröpfe« des Mullah-Regimes seien bereits sanktioniert worden. Die Sanktionen werde man weiter ausbauen, »denn dieser Angriff, der war präsidentslos«. Und die Terroranschläge vom 11. September 2001 fanden laut ihrer Aussage bereits am »9. September« statt. Nach diesem einmal mehr skurrilen Auftritt überschlug sich das Netz vor Spott und Häme. Neuester Baerbock-Witz: Annalena, nenn' mal ein Land mit »K«! Annalena: »Kaufland.« – Schlimmer geht's nimmer! Oder doch? Freuen wir uns auf ihr nächstes Interview!

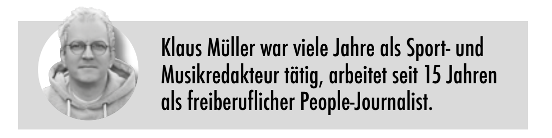
Dass unsere Polit-Darsteller nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland zunehmend beliebter werden, musste einmal mehr auch Bundespräsident Frank-Spalter Steinmeier erfahren, als er in diesen Tagen die Türkei besuchte. In Istanbul wurde er am Montag von einem etwa 50-köpfigen freudigen Empfangskomitee mit lautstarken »Mörder Deutschland«- und »Genozid-Unterstützer«-Sprechchören und Plakaten begrüßt, auf denen er direkt neben Adolf Hitler zu sehen war. Nicht ganz standesgemäß soll auch Kanzler Olaf Scholz (SPD) zu Beginn seines China-Besuchs in Chongqing empfangen worden sein – nämlich ohne militärische Ehren. »Um zu begreifen, welches Ansehen die Ampel in der übrigen Welt genießt, genügt ein Blick auf den ›Empfang‹ beim China-Besuch des Kanzlers Olaf Scholz. Da kann er von Glück reden, dass man ihm nicht einfach nur ein Taxi geschickt hat«, spottete AfD-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel auf X. Doch China wies die Vorwürfe zurück. Wie die *Junge Freiheit* berichtet, teilte die chinesische Botschaft mit, der Empfang des Kanzlers hätte »voll und ganz dem chinesischen Protokoll für den Empfang ausländischer Regierungschefs außerhalb Pekings« entsprochen. Mag sein, aber es hätte wirklich zu gut ins Bild gepasst.

Großen Wirbel verursachte das TV-Duell zwischen Björn Höcke (AfD) und Mario Voigt (CDU) & Co. Allerdings fand ich den Begriff »Duell« etwas unangebracht, weil es sich – wie immer, wenn ein AfDler im *Mainstream* auftritt – nie um einen Zweikampf handelt. Voigt wusste natürlich die Moderatoren hinter sich und ich würde wetten, dass ihm im Gegensatz zu Höcke die Fragen bereits vorab zugespielt wurden. Seine Spickzettelsammlung ließ das jedenfalls vermuten. Trotz numerischer Überlegenheit musste sich der CDU-Mann am Ende, auch wenn Höcke zwischenzeitlich einmal mächtig ins Schwimmen geriet, geschlagen geben. Letztlich hängengeblieben ist aus dem »Duell« aber nur eines – das Mettbrötchen.



Es ist schon fast mitleiderregend: Die woken Linken leiden immer schlimmer unter Verfolgungswahn. Nun gilt nach »HH« auch »USA« als ein Nazi-Code. Die Abkürzung soll für »Unser seliger Adolf« stehen. Foto: Commons.

Zum Schluss noch das: *Online*-Versandhändler Zalando warnt vor der Abkürzung »USA« auf Kleidungsstücken. Dahinter solle sich eine Hitler-Botschaft verstecken. Denn USA stehe nicht – wie ich immer glaubte – für United States of America, sondern für »Unser seliger Adolf«. Das ist so irre, dass man es sich kaum ausdenken kann. Die *Woken* sehen inzwischen überall Nazis. Hat *Big Pharma* für die Geschlumpften nicht auch noch ein paar Pillen gegen Verfolgungswahn im Angebot? Dazu muss man wissen, dass Zalando Anfang April mit dem Hamburger Verein »Laut gegen Nazis« die Kampagne »Fashion against Fascism« gestartet hat, mit der man »die Verbreitung rechtsextremer Botschaften in der Modeindustrie verhindern« wolle. Gerüchten zufolge könnte demnächst auch Aldi ins Visier der Nazijäger geraten. Es soll Linke geben, die hinter dem Namen des *Discounters* ebenfalls einen Nazi-Code vermuten: »Adolf liebt dich innig«. So, ich mache mir jetzt erstmal ein leckeres Mettbrötchen. Bis nächste Woche!


Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.

»Deutliche Schritte Richtung Krieg«

CDU, CSU, SPD, Bündnisgrüne, FDP und Teile der Linkspartei sind voll dabei. BSW etwas unklar. Die einzige größere Partei, die gegen den Krieg auftritt, ist die AfD. | FORTSETZUNG vom Titel, Kommentar von Anselm Lenz

Können Wahlen in der »Organisationsform der Modalität einer Fremdherrschaft« (Staatsrechtler Carlo Schmidt), der BRD, überhaupt noch etwas Bewirken? Wenn das der Fall ist, hat die AfD gerade beste Chancen, das riesige »negative Potential« (Johannes Agnoli) in der BRD-Gesellschaft abzugreifen.

»Deutliche Schritte Richtung Krieg« seien jetzt an der Tagesordnung, so der Generalinspekteur der Bundeswehr Carsten Breuer am Mittwoch in der Bundespressekonferenz. Sogar den Dumpfbacken des Mainstreams stand der Latschenkiefer auf Scheune. »All in«, wolle die BRD gehen, so der oberste Politiker und Heeresgeneral im Zockerdeutsch. Die Amis bringen 90.000 Soldaten an die »Ostflanke« (vgl. Seite 11 dieser Ausgabe). Na dann, Narrhallamarsch, Kameraden, frohes Sterben üben!

Breuer war auch schon Chef des Corona-Stabes, der der Kriegsvorbereitung (ABC-Kriegsvorbereitung?) gedient hatte. Und alle müssen mit von links bis rechts und von oben nach unten. Klar ist das expandierende US-plus-Vasallen-Kriegsbündnis Nato beleidigt. Beleidigt, dass seine Expansion an die Moskauer »Westflanke« dort nicht so gern gesehen wird. Beleidigt, dass die USA mittlerweile sehr unbeliebt sind, siehe Julian Assange, siehe schon die umkippende Stimmung wegen der endlosen Beute- und Unterwerfungs- und Besetzungsfeldzüge nach den »einstürzenden Neubauten« vom 11. September 2001. Obama hatte »Change« versprochen und brachte dasselbe in bunt. Der skurrile Trump dealte ein bißchen Frieden ab und wurde unter anderem per Wahlfälschung weggeputscht. Nun regiert der Tiefe Staat direkt.

ZUR PAX AMERICANA PER WELTKRIEG NUMMER 3?

Es ist unfassbar, aber der Tiefe Staat, der Militärisch-industrielle-Komplex, den die Welt doch mit der einseitigen und friedlichen Beendigung des Kalten Krieges durch Moskau endlich verschwinden sehen wollte, reüssiert in voller monolithischer Monströsität. Der US-Faschismus des finsteren transatlantischen Reiches bombardiert am liebsten »Braune«, wie schon der US-Wahrsprecher und Satiriker George Carlin konstatierte: »Das ist unser Hobby! Wir lieben den Krieg! Wir sind »warlike people«, Kriegsliebhaber und Kriegstreiber. Wir lieben den Krieg, weil gut darin sind!« Alle anderen sind im Grunde nur Figuren auf dem großen

Weiterlesen auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

Schachbrett (Zbigniew Brzezinski), bis zum ewigen Frieden (Immanuel Kant), dem Siegfrieden der totalen »Pax Americana«.

Muss ich jetzt für die AfD kandidieren? Oder Hendrik Sodenkamp? Oder Sie? – »Keiner kommt hier lebend raus!«, ist entweder eine befreiend wirkende Erkenntnis über die Endlichkeit des eigenen Lebens, zumeist aber eine Drohung. Wer sich bewusst wird, dass das eigene Leben »nicht für immer sein« wird, hat zwei Schlussfolgerungsmöglichkeiten: Entweder, man nimmt's zum Analss zu Güte und Frieden, oder zur Entwertung des eigenen und anderer Menschenleben. In der BRD machen die Parteien des Regenbogens voll mit beim Kriegstheater dieser Art des Anti-Humanismus'.

Einzig die AfD – dann und wann auch das Bündnis Sahra Wagenknecht –, spricht aus, was ausgesprochen werden muss. Björn Höke, Spitzenkandidat der AfD-Thüringen, Lieblings-»Nazi« der Hupfdohlenpresse und in Umfragen weit vorne, zuletzt in TV-Diskussion gegen den blassen CDU-Kandidaten Mario Voigt: »Russland ist ein bedrängtes Land und Russland will Frieden.« Er halte den russischen Präsidenten Wladimir Putin trotz allem für einen »rational handelnden Mann«, der mit einer glaubwürdigen Friedensdelegation zu erreichen sei.



»28. März ist jeden Tag!« Seit 2020 entfaltet sich die neue Friedens- und Demokratiebewegung in ganz Deutschland mit kleinen und großen Demonstrationen, hier am Dienstag, 23. April 2024, in Breitengüßbach (Oberfranken, rund 4.500 Einwohner). Foto: Karl Napf

Frieden und Freiheit? Das geht in der BRD wohl nur, wenn man »den großen Bruder« (George Orwell), also die USA, davon überzeugt, dass der damit am besten dasteht und eh' der Allergeilste ist – für immer! – Wer wird für die AfD die Liebesbriefe nach Washington schreiben, um wie Willy Brandt um Erlaubnis zur Friedenspolitik zu betteln? Was wird sie kosten und haben wir überhaupt noch soviel Tribut, nachdem uns die USA ja bereits die zivilen Erdgasleitungen in der Ostsee in die Luft gesprengt haben? »Keiner kommt hier lebend raus«, und ich finde, es ist Zeit für einen großen Friedenssieg der AfD, der letzten winzigen Hoffnung auf Frieden! Oder glauben Sie, eine andere Parteiführung überlegt es sich nochmal anders wegen der hohen Umfragewerte für die einzige große Friedenspartei AfD? Ja? Dann mal los mit den Täubchen! Oder: Good night and good luck!



FRAU FLAK-TRÜMMERMANN VERLIERT DIE NERVEN

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Prof. Dr. Martin Schwab

Eine Auseinandersetzung mit eine Demonstranten verdeutlicht, wie weit sich Marie-Agnes Strack-Zimmermann bereits von einem demokratischen Staatsverständnis entfernt hat.

Mehrere Medien (z. B. *Nordkurier* vom 18. April 2024; *Apollo News* vom 19. April 2024) berichteten über einen folgenden Vorfall am Rande einer Demonstration. Danach fauchte Marie-Agnes Strack-Zimmermann einen ihrer Kritiker an: »Sei froh, dass du nicht in Moskau bist. Du wärst schneller (…) im Knast, als du gucken könntest. So ist das in Russland.« Später fragte sie einen (mutmaßlich denselben) Demonstranten: »Wo arbeiten Sie denn? Weiß Ihr Chef, was Sie hier machen? Sagen Sie mir doch mal Ihre Firma!«

Für die Frage von Frau Strack-Zimmermann an den Demonstranten habe ich nur eine mögliche Erklärung: Sie wollte sich vermutlich an das Unternehmen wenden, in dem besagter Demonstrant beschäftigt ist, und dafür sorgen, dass dieser Demonstrant dort arbeitsrechtliche Probleme bekommt. Es ist jedenfalls ausgeschlossen, dass Frau Strack-Zimmermann die erbetene Information zum Vorteil des besagten Demonstranten verwerten wollte. Was sagt uns das über das Staatsverständnis von Frau Strack-Zimmermann?

• In Russland wandert man in den Knast, wenn man gegen die Regierung demonstriert.

• In Deutschland verliert man sozusagen »allenfalls« beziehungsweise »schlimmstenfalls« seinen Job, wenn man gegen die Regierung demonstriert (Frau Strack-Zimmermann ist zwar nicht Ministerin, wohl aber führende Repräsentantin einer regierungstragenden Bundestagsfraktion).

Es mag zwar sein, dass der Jobverlust weniger gravierend ist als eine Inhaftierung. Aber ich sehe hier nur einen graduellen, nicht aber einen qualitativen Unterschied. Frau Strack-Zimmermann zeigt hier eine Geisteshaltung, die keinen Deut besser ist als jene, die sie der russischen Regierung vorwirft. Bei alledem stünde Frau Strack-Zimmermann eine Auffrischung ihrer arbeitsrechtlichen Kenntnisse gut zu Gesicht. Ein Arbeitnehmer gibt nämlich weder seine Meinungsfreiheit (Art. 5 GG) noch seine Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG) an der Garderobe ab, wenn er einen Arbeitsvertrag unterschreibt.

Der Arbeitnehmer wird dafür bezahlt, dass er einen bestimmten Teil seiner Lebenszeit darauf verwendet, der Arbeitgeber bei der Erreichung seiner (im Regelfall unternehmerischen) Ziele zu unterstützen. Was der Arbeitnehmer mit dem Rest seiner Lebenszeit anstellt, hat den Arbeitgeber nicht zu interessieren. Eine auch nur halbwegs rechtskundige Personalabteilung würde also einen Anruf oder eine Zuschrift von Frau Strack-Zimmermann nur achselzuckend zur Kenntnis nehmen.

Der *Business Insider* berichtete bereits am 3. Mai 2023, dass Frau Strack-Zimmermann über ihren Anwalt pro Monat mehr als 250 Strafanzeigen stellt, und der Kölner Rechtsanwalt Gordon Pankalla (der dem DW-Leser durch seine Beiträge wohlbekannt ist) hat auf seiner *Homepage* am 24. Februar 2024 das System von Abmahnungen und Strafanzeigen, die von Frau Strack-Zimmermann ausgehen, näher beleuchtet. Sollte also Frau Strack-Zimmermann beabsichtigen, wegen meiner hier veröffentlichten Kolumne ihren Abmahnanwalt auf mich zu hetzen, erlaube ich mir die folgenden Hinweise:

• zur materiell-rechtlichen Seite: Auch Frau Strack-Zimmermann steht nicht unter Naturschutz. Sie muss auch scharf formulierte Kritik aushalten. Siehe jüngst den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 11. April 2024 – 1 BvR 2290/23.

• zur verfahrensrechtlichen Seite: Eine Abmahnung kann Frau Strack-Zimmermann sich sparen. Auf eine solche werde ich nicht reagieren, sondern, wenn sie dennoch bei mir eingehen sollte, sogleich durch meinen Anwalt eine Schutzschrift im Register (§ 945a ZPO) hinterlegen lassen. Dementsprechend werde ich auch keine Kosten für vorgerichtliche Rechtsverfolgung erstatten. Gerne streite ich mit Frau Strack-Zimmermann direkt vor Gericht.

Ich kann allen, die Frau Strack-Zimmermann öffentlich kritisieren, nur empfehlen, im Falle eine Abmahnung oder einer Strafanzeige nicht einfach klein beizugeben. Denn Frau Strack-Zimmermann neigt ihrerseits dazu, im Umgang mit ihren politischen Gegnern grobes Holz zu hobeln. Dazu nur zwei Beispiele:

• Auf der eingangs erwähnten Demonstration rief sie ihren Kritikern zu: »Ihr seid zum Teil zu blöd, um eine Pfeife in den Mund zu stecken!«

• Nach einem *BILD*-Bericht vom 15. Januar 2024 ätzte sie in Richtung AfD und anderer ihrer Ansicht nach extremen Parteien: »Je größer der Haufen Scheiße, desto mehr Fliegen sitzen drauf.«

Wer so austeilt, muss auch einstecken können. Völlig zu Recht hat das Amtsgericht Offenburg am 22. Januar 2024 eine Angeklagte freigesprochen, die Frau Strack-Zimmermann als »Brechmittel« bezeichnet hatte. Und der bereits erwähnte Beschluss des Bundesverfassungsgerichts macht noch einmal deutlich, dass im öffentlichen Meinungskampf mit harten verbalen Bandagen gekämpft werden darf.

MELDUNG

CUM-EX-CHEFERMITTLERIN WIRFT HIN

Berlin/DW. Die Sache stinkt gewaltig: Cum-Ex-Chefermittlerin Anne Brorhilker, die seit 2012 versucht, die Hintergründe des Steuerskandals mit Cum-Ex-Aktiengeschäften aufzuklären, hat um ihre Entlassung gebeten. »Ich war immer mit Leib und Seele Staatsanwältin, gerade im Bereich von Wirtschaftskriminalität, aber ich bin überhaupt nicht zufrieden damit, wie in Deutschland Finanzkriminalität verfolgt wird. Da geht es oft um Täter mit viel Geld und guten Kontakten, und die treffen auf eine schwach aufgestellte Justiz«, erklärte Brorhilker gegenüber dem *WDR*. Der in den Fall verwickelte umstrittene Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) weiß sich an Gespräche mit führenden Cum-Ex-Bankern nicht mehr zu erinnern. Die Aufklärung des größten Steuerskandals der BRD treibt somit weitere Blüten. Im Oktober 2023 waren zwischenzeitlich zwei Laptops für 20 Tage verschwunden. (kmü)

AKW-AUS WURDE MANIPULIERT

Berlin/DW. Das Magazin *Cicero* hat neue Dokumente aus dem Wirtschaftsministerium von Robert Habeck und dem Umweltministerium von Steffi Lemke (beide Bündnisgrüne) freigeklagt. Daraus geht hervor, dass Experten-Empfehlungen für eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke von einer Filz-Clique Habecks einfach gestrichen wurden, um das endgültige Aus der AKWs zu beschließen. (kmü)

+++ IN ALLER KÜRZE BERICHTET +++

+++ Der Termin zur mündlichen Verhandlung und Beweisaufnahme der *Multipolar*-Klage zur Entschwärzung der RKI-Protokolle wird verschoben und soll nun im Zeitraum vom 1. bis 19. Juli 2024 stattfinden. +++ Der hessische Landtag bekommt einen Corona-Untersuchungsausschuss. Wie die AfD-Fraktion mitteilte, wurde der von der Partei erarbeitete Einsetzungsbeschluss von den notwendigen 27 Abgeordneten unterzeichnet. Der Antrag soll Mitte Mai eingebracht werden. +++ Wie aus einer aktuellen Insa-Umfrage hervorgeht, glauben 48 Prozent der Befragten, dass der Verfassungsschutz für politische Zwecke missbraucht wird, 31 Prozent halten dies für unwahrscheinlich. +++ Recherchen des Nachrichtenportals *Apollo-News* belegen, dass Journalistin Alexandra Föderl-Schmid von der *Süddeutschen Zeitung* auch in einer Rede 2022 plagiiert hat. Sie soll sieben Stellen aus einem im Wissenschaftsmagazin *Spektrum* veröffentlichten Artikel übernommen haben. In der Rede ging es u. a. um Fakenews und Redlichkeit von Journalismus. Hinzu kommen weitere vier Plagiate aus diversen Artikeln des *Standard* und der *Tagesschau*. Bei der *SZ* sollen bis Jahresende 30 Stellen gestrichen werden. +++ (kmü) +++ Gericht in Bonn erklärt Kündigung von Politologin Ulrike Guérot durch Uni Bonn für rechtmäßig.



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

BERLIN: Donnerstag ab 18.00 • RBB Studio • Masurenallee
BRANDENBURG: Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN - A: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
DRESDEN: Montag 19.00 • MDR Regional • Kulturpalast
FRANKFURT: Donnerstag ab 15.00 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17.00 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17.00 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17.00 • NDR Funkhaus • Rudolf-v.-Bennigsen Ufer 22
HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional • Bimarckplatz
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19.00 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUEN: Montag 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18.00 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16.00 • SR Saarland • St.-Johanner-Markt
SCHÄRDING – A: Dienstag 19.00 • Bezirksrundschau • Schiffsanlegestelle
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15.00 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz
KLOTEN - CH: Samstag 15.15 • SRF Regional • Vortrag Dr. Ganser
WIESBADEN: Samstag 19.30 • Wiesb.Kurier • Schulgasse/Neugasse
WOLFSBURG: Samstag ab 11.00 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz
ZELTWEG – A: Montag 18.00 • Steirer Kronenzeit. • Hauptstr. 16

IMMER MONTAGS!

AHRENSBÖK,18 Uhr, am Rathaus – APOLDA, 18.30 Uhr, am Markplatz – ARTERN, 18 Uhr, am Geschwister-Scholl-Platz – BAD LOBENSTEIN, 19 Uhr am Marktplatz – BERLIN-KARLSHORST, 18.30 Uhr, Treskowallee Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – BREMERHAVEN, 18 Uhr, am Rathaus – CLOPPENBURG, 18 Uhr, am Rathaus – DARMSTADT-ARLHEILGEN, 18 Uhr, am Löwenplatz –DIEPHOLZ, 17 Uhr, am Bremer Eck – DÜNWALD, 19 Uhr, vor der Gemeindeverwaltung – EMLICHHEIM, 18 Uhr, am Rathaus – KALTENNORDHEIM, 18 Uhr, am Treibplatz am Parkplatz Nähe Kirche – KÖNIGS WUSTERHAUSEN, 18 Uhr, am Kirchplatz – LAUENBERG, 18 Uhr, am Rathaus – LÜTJENBURG, 18 Uhr, am alten Rathaus – MAASHOLM, 18 Uhr, am Denkmal vor der Schifferkirche – NEUBRANDENBURG, 19 Uhr, am Marktplatz – ORANIENBURG, 18 Uhr, am Schlossplatz – OSTSTEINBECK, 18 Uhr, an der Bücherhalle – SCHLOSSVIPPACH, 19 Uhr, am Rathaus – WEISSENFELS, 18 Uhr, Jüdenstr/Ecke Markt.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 27.4.2024 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 27.4.2024 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 27.4.2024 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 27.4.2024 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 27.4.2024 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 27.4.2024 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 27.4.2024 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 27.4.2024 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 28.4.2024 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 29.4.2024 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 19-20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz7.20	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache
Mo, 29.4.2024 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee - am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 29.4.2024 18-20 Uhr	Berlin, Wilmersdorferstr./Stuttgarter Platz	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 29.4.2024 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 29.4.2024 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 29.4.2024 19-20 Uhr	Cham in Bayern, Florian-Geyer-Brücke	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 29.4.2024 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 29.4.2024 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 29.4.2024 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-19 Uhr	Erkner, Friedrichstr./Ecke Kirchweg	Umzug
Mo, 29.4.2024 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 29.4.2024 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 29.4.2024 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-19 Uhr	Höxter, Weserstr. 11	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18:30-19:30 Uhr	Jena, am Markt	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 29.4.2024 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 29.4.2024 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilianstraße 26	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-19:30 Uhr	München, Stachus	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18:30-21 Uhr	Neubrandenburg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 29.4.2024 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 29.4.2024 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 29.4.2024 18-20 Uhr	Rotenburg an der Fulda, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 29.4.2024 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-19 Uhr	Spremberg, Nettoparkplatz	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 17:30-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 29.4.2024 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 29.4.2024 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 29.4.2024 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 29.4.2024 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 29.4.2024 18:30-21 Uhr	Wolfenbüttel, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 19-20 Uhr	Würselen, Morlaixplatz	Spaziergang
Mo, 29.4.2024 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 30.4.2024 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 30.4.2024 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 30.4.2024 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 30.4.2024 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 30.4.2024 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 1.5.2024 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 1.5.2024 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 1.5.2024 17-19 Uhr	Landshut, Martinikirche	Andacht
Mi, 1.5.2024 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 1.5.2024 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 1.5.2024 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 1.5.2024 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 1.5.2024 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 1.5.2024 18-20 Uhr	Obernkirchen, am Marktplatz	Demo
Mi, 1.5.2024 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 1.5.2024 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 2.5.2024 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 2.5.2024 18-20 Uhr	Bebra, Rathausmarkt	Spaziergang
Do, 2.5.2024 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 2.5.2024 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 2.5.2024 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8	Mahnwache
Do, 2.5.2024 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 2.5.2024 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 2.5.2024 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 2.5.2024 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 2.5.2024 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 3.5.2024 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 4.5.2024 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 4.5.2024 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 4.5.2024 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 4.5.2024 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 4.5.2024 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 4.5.2024 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 4.5.2024 11-13 Uhr	Minden, an der Martinitreppe beim Rathaus	Demo
Sa, 4.5.2024 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 4.5.2024 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Mo, 6.5.2024 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Fr, 2.8.2024 18 Uhr	BERLIN (Ort noch unbekannt)	DER QUERDENKER-GERICHTSHOF
Sa, 3.8.2024	Berlin, Siegessäule	GROSSDEMO

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de • NEWSLETTER ABONNIEREN



ntv VIDEO • LIVE-TV

Der Tag

Spahn: Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen darf kein "Querdenkergerichtshof" werden

22.04.2024, 18:21 Uhr

Artikel teilen Folgen auf: 



Am 22. April meldete das Konzernmedium NTV, der frühere Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) wünsche sich, dass die »Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen kein Querdenkergerichtshof« werden dürfe. Spahn hatte den DW anklagen lassen, weil dieser 2020 auf dessen Verwicklungen in Masken- und Villendeals hingewiesen hatte (nicht wegen der Aufdeckung des Terrors und der Corona-Lüge). Foto: DW-Bildschirmfoto

Manchmal liefert auch »der Feind« unfreiwillig die besten Anlässe zu Höchstleistungen. Diese Zeitung und ihr Buchverlag machen das seit vier Jahren vor.

Nun kommt der Querdenkergerichtshof am 2. August 2024 nach Berlin. Anlass zur Umsetzung ist eine Äußerung des gelernten Immobilienhändlers Jens Spahn (CDU), einem der umstrittensten deutschen Gesundheitspolitiker seit 1945. Hintergrund ist allerdings vielmehr, dass nach der Veröffentlichung der von unseren Kollegen des Magazins Multipolar freigeklagten RKI-Protokollen keine seriöse Mainstream-Berichterstattung (mindestens ein ARD-Brennpunkt) und Passivität der Justiz gegen die Täter folgte.



Der Querdenkergerichtshof wird am 2. August öffentlich tagen und in vier Sprachen live in alle Welt gesendet werden, zudem in gedruckter Form Verbreitung finden. Eingeladen sind alle, die sich seriös an der Aufklärung des größten Lügenkomplotts der Menschheitsgeschichte beteiligt haben. Und selbstverständlich wird auch den Angeklagten eine Vorladung zugeschickt, die sich selbst verteidigen können oder mit einen Rechtsbeistand mitbringen dürfen.

Wir gehen die Sache noch einmal ergebnisoffen an, so wie wir in der DW-Redaktion und in der Demokratiebewegung von Beginn an auch uns selber in Zweifel gezogen haben. Wie lautet die Anklage, wie ist diese mit Beweisen und Indizien zu unterlegen, was ist dem zu entgegnen und trägt zur möglichen Entlastung bei? Weiteres folgt in dieser Zeitung und unserem Newsletter:
(*siehe NichtOhneUns.de*)

BÜRGERINITIATIVE GEGEN WHO

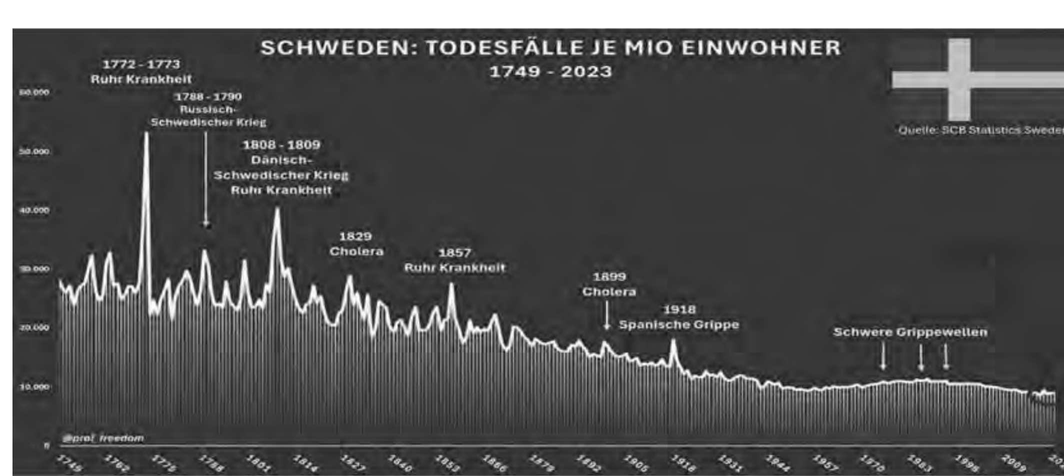
Die von Big Pharma unterwanderte Weltgesundheitsorganisation plant offenbar, internationales Recht zu brechen

Von Marianne Grimmenstein

Auf eine Initiative der Bürgerinitiative *GemeinWohl-Lobby* wenden sich zahlreiche Menschen mit einem Brief an den WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus und fordern ihn auf, von dem beabsichtigten Völkerrechtsbruch Abstand zu nehmen.

Die WHO hätte bis zum 27. Januar 2024 die Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (International Health Regulations/IHR) an die Mitgliedstaaten nach Artikel 55 der Internationalen Gesundheitsvorschriften zusenden müssen, falls diese Änderungen im Mai 2024 vor der 77. Weltgesundheitsversammlung (World Health Assambly) zur Abstimmung vorgelegt werden sollten. Die endgültigen Änderungen sind zurzeit für die Staaten immer noch nicht vorgelegt.

Trotz der unmissverständlichen rechtlichen Verpflichtung der WHO, Artikel 55 Absatz 2 IHR (Internationale Gesundheitsvorschriften) zu respektieren, haben das Sekretariat der WHO und die eingesetzte Arbeitsgruppe zu den Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (Working Group on Amendments to the International Health Regulations/WGIHR) öffentlich ihre Absicht verkündet, die ihnen obliegenden völkerrechtlichen Verpflichtungen zu verletzen, indem sie das Paket der Änderungen für die mögliche Annahme auf der 77. Weltgesundheitsversammlung im Mai verabschieden lassen wollen, wie während der siebten Sitzung der Arbeitsgruppe vom 5. bis 9. Februar 2024 und durch den Zeitplan der abschließenden achten Sitzung vom 22. bis 26. April 2024 deutlich wurde. Die WHO plant offenkundig, internationales Recht zu brechen.



»Milder Verlauf« ohne jede Einschränkung. Im Musterland der europäischen Sozialdemokratie Schweden nahm die Sterblichkeit auch unter der vermeintlich schlimmsten Seuche aller Zeiten weiter ab und die Lebenserwartung zu. Schweden machte den Corona-Komplott mit Kinderquälerei und Isolation kaum mit. Grafik via Henning Rosenbusch (SWE)

Da eine Verabschiedung der IHR-Änderungen auf der 77. Weltgesundheitsversammlung im Mai 2024 ein eklatanter Völkerrechtsbruch wäre, fordern zahlreiche Menschen in Deutschland, Österreich, der Schweiz und Ungarn in einer Briefaktion auf eine Initiative der Bürgerinitiative *GemeinWohl-Lobby* ihre Regierungen auf, zu diesen völkerrechtswidrigen Absichten unverzüglich öffentlich Stellung zu nehmen und zu erklären, dass sie unter diesen völkerrechtsverletzenden Voraussetzungen den Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften auf der 77. Weltgesundheitsversammlung im Mai 2024 nicht zustimmen werden. Schließlich bekennen sie sich nach geltendem Verfassungsrecht dieser Länder zum Völkerrecht und demnach ist die Unterstützung einer völkerrechtswidrigen Handlung für diese Länder untersagt. Der Stopp der Änderungen der IHR ist auch inhaltlich von hoher Wichtigkeit, weil durch sie die Befugnisse des WHO-Generaldirektors im Fall einer (von ihm willkürlich ausrufbaren) Pandemie zulasten der nationalen Entscheidungsbefugnisse in unverantwortlicher Weise ausgeweitet würden.

Weitere Informationen (Brief und Aktion) können im Internet unter https://gemeinwohl-lobby.de/brief- an-who/ eingesehen werden.

DIE FRATZEN DES TERRORS

Das Nato-Corona-Spritzenregime schlägt zu und räumt für »freedom and democracy« mal eben so Artikel 5 des Grundgesetzes ab, die Freiheit der Kunst. | AUSSCHNITT einer Presseerklärung zur Verfolgung und Verurteilung des Bremer Professors und Künstlers Rudolph Bauer.

»Fünf Bildmontagen kommen dem Bremer Künstler und Politikwissenschaftler Prof. Dr. Rudolph Bauer sehr teuer zu stehen. Für eine seiner Collagen wurde er am 26. März 2024 in der Hauptverhandlung am Stuttgarter Amtsgericht zu einer Strafe von dreitausend Euro (30 Tagessätze von je 100 €) verurteilt.

Wie auf Absprache zwischen den Gerichten in Baden-Württemberg und Bremen, wurde dem Künstler zur gleichen Zeit eine Anklage des Bremer Amtsgerichts zugestellt. Er wird der Volksverhetzung wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen (Paragraphen 86, 86a, 130, 53 des Strafgesetzbuch) beschuldigt. Die entsprechende Strafdrohung lautet auf Freiheitsentzug bis zu drei oder fünf Jahren und/oder Geldstrafe.

Der Bremer Anklage war eine Hausdurchsuchung am frühen Morgen des 10. August 2023 vorausgegangen (DW berichtete; das gleiche Vorgehen musste auch DW-Fotograf Georgi Belickin über sich ergehen lassen, Anm. der Red.). Der Überfall durch bewaffnete Polizisten in Schutzwesten, die Durchsuchung sämtlicher Wohnräume und die Wegnahme des Smartphone dienten angeblich einer Beweissicherung. Der Vorgang wurde vom Landgericht Bremen zwei Monate später als nicht rechtens erkannt, weil die »Beweise« in Gestalt der Bildmontagen sowohl auf dem Instagram-Account (unter dem Hashtag #bauerrudolph) zugänglich sind als auch in mehreren Veröffentlichungen der »Edition Kunst« des Bergkamener pad-Verlages. Die bloße Eingabe des Namens »Rudolph Bauer« in irgendeiner der Suchmaschinen hätte die Staatsanwaltschaft nachdenklich machen müssen.

Was wird ihm vorgeworfen?

MILITARIMUS-KRITISCHE BILDMONTAGEN I: LEYEN, SELENSKYJ UND DER REICHSADLER

Bauer wird beschuldigt, eine Bildmontage veröffentlicht zu haben, »welche die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen und den Präsidenten der Ukraine Volodymyr Selenskyj und einen schwarz-weißen Reichsadler mit Hakenkreuz zeigt«. Der auf der Bildmontage erkennbare Adler ist die Fotografie einer Skulptur aus den Bombentrümmern des untergegangenen Dritten Reichs. Der das Hakenkreuz umgebende Eichenkranz ist ebenso wie ersteres erkennbar beschädigt, trägt also deutliche Spuren des Niedergangs der NS-Herrschaft und der damit verbunden Befreiung vom Nationalsozialismus.

Der in der Anklage nicht zitierte Bildtitel lautet #zubesuchbeifreunden und #gastgeschenk. Der Hashtag #zubesuchbeifreunden deutet hin auf das freundschaftliche Verhältnis der abgebildeten Politiker. #gastgeschenk persifliert auf ironisch-sarkastische Weise die Waffenlieferungen und Milliarden-Euro-Zahlungen an die Ukraine. Die Bildtitel, der in das Bild eingefügte Adler mit Hakenkreuz und der aus der Bildunterschrift ersichtliche Hinweis #politicalart zeichnen die Bildmontage aus als ein politisches Statement. Die Aussage übt Kritik: sowohl am untergegangenen Nationalsozialismus als auch an der Wiederkehr nationalistischer und faschistischer Tendenzen.

Hintergrund ist die Tatsache, dass auf Seiten der von der EU finanziell und mit Waffen unterstützten Ukraine auch faschistische Bandera-Truppen kämpfen. Die Kombination Adler plus beschädigtes Hakenkreuz plus Bildtitel lassen Zusammenhänge erkennen, die zwar dem herrschenden Narrativ widersprechen. Adler und Hakenkreuz werden in der Bildmontage aber nicht zu Propagandazwecken (»Volksverhetzung«) verwendet, sondern ganz im Gegenteil als Warnung und Kritik sowohl an der Rolle faschistischer Kräfte in der Ukraine als auch an der politisch zweideutigen Haltung der Europäischen Kommission und ihrer Präsidentin.

MILITARIMUS-KRITISCHE BILDMONTAGEN II: OLAF SCHOLZ UND HITLER

Wegen einer weiteren Bildmontage wird der Künstler wie folgt angeklagt: »Der Angeschuldigte veröffentlichte eine Bildmontage, die Adolf Hitler und den Bundeskanzler Olaf Scholz mit ähnlichen Handbewegungen zeigt und versah diese mit den Hashtags #seitenwende, #bildmontage und #politicalart.« Die Bild-Bild-Doppelung ist der pazifistischen Sichtweise des Wissenschaftlers und der Überzeugung des Künstlers geschuldet, dass die deutsche Regierung (verkörpert durch den Bundeskanzler) eine Politik verfolgt, welche dahin tendiert, den Überfall Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion unter neuen Vorzeichen fortzusetzen.

Die Bildmontage stellt eine Kriegswarnung dar. Sie signalisiert eine »rote Linie« und nimmt das Verfassungsgebot des Artikels 26 Grundgesetz ernst, der besagt: »Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören,


Diese Collage soll Volksverhetzung sein? – Der Apparat ist sich in seinem Wahn für nichts zu schade. Kunstwerk: Rudolph Bauer

insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.« Und im ‚Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland, dem sogenannten 2+4-Vertrag vom 12. September 1990 hatte die deutsche Politik sich feierlich verpflichtet, »dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen« und »Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen«.

MILITARIMUS-KRITISCHE BILDMONTAGEN III: HOFREITER, STRACK-ZIMMERMANN UND HAKENKREUZ

Die Argumentation, dass die »Tradition« rassistischer Unmenschlichkeit deutsche (!) Politiker veranlassen müsste, sich bedingungslos für diplomatische Verhandlungen und den Frieden einzusetzen, statt mit ihrer Hetze und mit unablässigen Forderungen für Waffenlieferungen den Krieg in der Ukraine weiter anzufeuern – dieselbe Argumentation ist auch gegen die Anklage ins Feld zu führen, welche besagt, der Angeschuldigte habe eine Bildmontage veröffentlicht, die die Bundestagsabgeordneten Anton Hofreiter und Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann und einen Reichsadler mit Hakenkreuz zeigt.

Es gibt – in der Bildmontage nicht explizit visualisierbar – genügend kriegsaffine

Fortsetzung auf Seite 8



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

• Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

• Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

• Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

• Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.

• Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

• Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

• Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

• Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

• Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir Ihre Zahlung sicher zuordnen können.

• Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

• Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

• Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

Fortsetzung von Seite 7

Aussagen der abgebildeten Politiker, die sich gegen Russland, die russische Regierung und das russische Volk richten. Die Kriegshetze dieser Politiker ist unverkennbar von der Rassenideologie des Nationalsozialismus geprägt, auch wenn dies den Akteuren nicht bewusst sein muss. Ihr militaristisches Palavern bezieht sich in erster Linie zwar »nur« auf Putin, erinnert in seiner Diktion aber an die NS-Propaganda gegen die »russischen Untermenschen«. Ist es nicht eine juristisch eingefädelte Volksverhetzung, wenn kritische Bildmontagen durch die Verwendung einer Reichsadler-Abbildung umgedeutet werden zu einer Verherrlichung des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen?

CORONA-MASSNAHMEN-KRITISCHE BILDMONTAGEN I: #IMPFENMACHTFREI

Die Justiz verfolgt nicht nur den Pazifisten Professor Bauer, sondern gleicherweise seine Kritik an den Corona-Maßnahmen in den Jahren 2020 bis 2023. Zwar wird der medizinische Sinn der politischen Entscheidungen gegenwärtig durch die Veröffentlichung geschwärzter Passagen der RKI-Protokolle in Zweifel gezogen. Das macht die Staatsanwaltschaft jedoch nicht nachdenklich. Sondern sie beschuldigt den Künstler, eine Bildmontage veröffentlicht zu haben, »die ein Konzentrationslager und den zu ›COVID 19 IMPFSTOFF MACHT FREI‹ abgeänderten Schriftzug zeigt und versah diese u. a. mit dem Hashtag #impfenmachtfrei«.



Er ist Dorn im Auge der Machthaber: Der Professor und Künstler Rudolph Bauer aus Bremen. Er hatte seinen Kunstband »Charaktermasken« (siehe Bücherliste, Seite 15) zum damals inhaftierten Michael Ballweg nach Stammheim gesendet. Ein Beamter riss eine Collage (siehe oben) aus dem Band und sendete die Seite zu Karl Lauterbach nach Berlin. Dieser fühlte sich »beleidigt« und klagte an. Am 26. März 2024 wurde der Künstler Rudolph Bauer wegen Majestätsbeleidigung zu 3.000 Euro Strafe verurteilt.


DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

AM 5. AUGUST ZUR GROSSDEMO UND ZUR DW-AKADEMIE NACH BERLIN! Mehr auf Seite 13

DIESES BILD SOLL VERBOTEN WERDEN!

5 GETRENNT Deutsche Politiker und das Grundgesetz
8 DANN SCHWEDEN? Reisebericht aus dem vermeintlichen Paradies
9 WOLLEN WIR DAS? Ernst Wolff über die wirtschaftliche Gegenwart
10 STRAFANZEIGE Top-Ermittler Uwe Kranz geht gegen WHO-Pläne vor

NICHTOHNEUNS.DE

Titelseite der 141. Ausgabe des Demokratischen Widerstand vom 29. Juli 2023.

Abgesehen vom holprigen Deutsch gibt die Anklageschrift den Bildinhalt nicht korrekt wieder. Die Bildmontage zeigt kein KZ, sondern das Tor des Konzentrationslagers Dachau. Aus dem Tor mit der zynisch-verächtlichen Inschrift »Arbeit macht frei«wanken Menschen in Häftlingskleidung, die das betreffende Zwangsarbeits- und Vernichtungslager aufgrund ihrer Befreiung durch die Alliierten der Anti-Hitler-Koalition verlassen. Allein darin ist keine KZ-Verherrlichung zu erkennen, sondern entschiedene Kritik an den »Straf«-Lagern und der Beifall für die Befreiung der Häftlinge aus dem KZ. In der Bildmontage sind die drei letzten Buchstaben des Wortes »Arbeit« durch eine Ampulle verdeckt. Diese trägt die Aufschrift ›COVID 19 IMPFSTOFF‹. Trotz der verdeckten Schlussbuchstaben des Wortes »Arbeit« lässt die Bildmontage die menschenverachtend-zynische Lagertorinschrift »Arbeit macht frei« zweifelsfrei erkennen. Der Schriftzug ist also nicht abgeändert, sondern durch die Ampulle ergänzt. Das Zitat »Arbeit macht frei« stellt in Verbindung mit der Impfstoff-Ampulle und dem Hashtag #impfenmachtfrei eine Verbindung her zwischen dem nationalsozialistischen Zynismus der Zwangsarbeits- und Todeslager einerseits und den »Impf«- und sonstigen Auflagen im Rahmen der politisch verordneten Corona-Maßnahmen.

Der Künstler Rudolph Bauer wurde 1939 geboren, im Jahr des beginnenden Zweiten Weltkriegs. 1945 war er sechs Jahre alt. Die Grauen des Krieges und die Schreckensberichte über die Konzentrationslager waren prägend für seine Kindheit und Jugend. Er hat sich während seines Studiums und als Hochschullehrer der Universität Bremen eingehend mit der Bezugsthematik (T4, tödliche Menschenversuche) auseinandergesetzt und zuletzt in einem Aufsatz unter dem Titel »Die ›Nazi Doctors‹. Über Medizin-Fundamentalismus« darüber publiziert.

Die Collage mit den befreiten Häftlingen stellt weder eine Billigung, noch eine Leugnung oder Verharmlosung der unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangenen Handlungen dar. Im Gegenteil: Sie zeigt den fotografisch dokumentierten Akt der Befreiung (!) der im KZ geschundenen Häftlinge.

CORONA-MASSNAHMEN-KRITISCHE BILDMONTAGEN II: LAUTERBACH BELEIDIGT

Der interpiktoriale Charakter der Bildmontage-Technik verbietet eine eindeutige und simplifizierende Interpretation. Diese lässt das gesellschaftskritische Anliegen politischer Bildkunst und erst recht den Verfassungsgrundsatz der Kunstfreiheit außer Acht. Das aufgrund der kunstfeindlichen Erfahrungen des Dritten Reichs im Grundgesetz festgeschriebene Gebot der Meinungs-, Wissenschafts- und Kunstfreiheit hinderte das Amtsgericht Stuttgart jedoch nicht, einer Beleidigungsklage des Abgeordneten und jetzigen Bundesgesundheitsministers Prof. Dr. Karl Lauterbach stattzugeben und Rudolph Bauer zu einer Strafzahlung von dreitausend Euro zu verurteilen. Die schriftliche Begründung des Stuttgarter Urteils nach der Verhandlung am 26. März 2024 liegt noch nicht vor. Ein Kommentar muss deshalb unterblieben. Noch.«

Dieser Text wurde der DW-Redaktion aus dem Umfeld Rudolph Bauers elektronisch zugesandt. Wir dokumentieren ihn hier in Auszügen für die Nachwelt und für kommende Prozesse gegen die Täter. Die inkriminierten Kunstwerke können (noch) beim Verlag (pad-verlag.de) und auf demokratischerwiderstand.de erworben werden. Mit dem Kauf unterstützt man den verfolgten Künstler Rudolph Bauer bei den Kosten für die hanebüchenen Terrorverfahren gegen seine Person und die Kunst- und Meinungsfreiheit in Deutschland.

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

OHNE WORTE

Hallo liebes Team vom Demokratischer Widerstand, Ihr seid klasse und ich bin froh, Euch gefunden zu haben. Wäre ich früher auf Euch gestoßen, wäre ich wahrscheinlich nicht geimpft und mein Mann würde möglicherweise noch leben. Macht weiter so!
Liebe Grüße – Kerstin S, Minden

WAS TUN, OPPOSITION!

Ich bin etwas frustriert , wenn ich über unseren Widerstand nachdenke. Das Finanzsystem wird mit einer mörderischen Rücksichtslosigkeit am Leben erhalten und die Medien, Politiker und deren Wissenschaftler bieten uns eine unfassbare, unvergleichbare Theateraufführung, die viele für die Wahrheit halten. »Kommt. Seht her, die Impfung muss sein, sonst sterbt ihr oder der Putin kommt euch holen.« Die Gewinne der Rüstungsindustrie oder Pharmaindustrie können das kranke System noch einige Zeit am Leben erhalten aber Signale wie drastische Schwankungen an der Börse oder ein zur Zeit gewaltig ansteigender Goldpreis deuten auf ein baldiges Ende hin.

Die Menschen im Widerstand sind in großen Teilen noch im Räderwerk dieses Schauspiels mit Arbeit zwangsverpflichtet. Die Alternativen wie *Apolut*, *Manova*, *Nachdenkseiten* oder *Reitschuster* betteln geradezu um Unterstützung. Ich sehe zwar schon einiges an Vernetzung, diese ist aber eher zögerlich. Da die finanzielle Beschränktheit der Opposition noch andauern wird, sind um so mehr Kreativität, Intelligenz, Zusammenarbeit und taktische sowie strategische Aktionen angesagt, so wie das gezielte Verbreiten von Printmedien (was ich auch selber tausendfach tue), um auch Außenstehende zu erreichen. Wenn wir solch eine spürbare gemeinsame Kraft in die Öffentlichkeit bringen, wird es für viele Bürger, die sich noch mit ihrer Meinung verstecken, interessant mit dabei zu sein und auch bei unseren Demos mitzugehen.
– Werner

AUF DEM SCHIRM

RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de

instagram.com/demokratischerwiderstand

t.me/DemokratischerWiderstandTelegram

facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung

youtube.com: Demokratischer Widerstand

Alles für die Umwelt?

Wie wir die Belange von Umwelt und Wirtschaft besser in Einklang bringen und dabei alle Bürger, nicht nur die reichen, mitnehmen | Von Rechtsanwalt Gordon Pankalla

Von dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz aus dem Jahre 2021 hatte ich bereits berichtet. Eine Richterin, deren Ehemann ein grüner Lokalpolitiker ist, kam zu der Überzeugung, dass für die Bundesrepublik Deutschland eine Verpflichtung besteht, den CO2-Ausstoß zu reduzieren. Das ist aber nicht die Rechtsfolge, die sich aus dem Grundgesetz ergibt. Vielmehr hat sich die BRD dafür einzusetzen, dass sich auch die anderen Staaten an das Abkommen von Paris halten.



»No Green Pass«, wider Überwachungspass, digitaler Schnüffelei, Neofaschismus und Totalitarismus im Mäntelchen des grünen Fortschritts: Dieses Pressefoto vom Jahreswechsel 2023/2024 in Italien wollen perverse Staatsanwälte im Land Brandenburg nun gegen die Gründer der neuen deutschen Friedens- und Demokratiebewegung, Hendrik Sodenkamp und Anselm Lenz, einsetzen. Das geht aus Schreiben umstrittener LKA-Stellen an die beiden Journalisten vom Monatsbeginn hervor. Das Schild der italienischen Demo zeigt Hakenkreuz und SS-Rune – allerdings als Schreckbild in Bezug auf das Nato-EU-Terrorregime. – Die Partei-Idioten im BRD-Apparat (auch genannt »KI«, Künstliche Intelligenz) scheinen nicht zu begreifen, dass sich die italienischen Demonstranten vom Hitler-Faschismus abgrenzen, ja diesen in der neuen EU-deutschen Politik seit 2020 unter Ursula von der Leyen (CDU), Jens Spahn (CDU), Karl Lauterbach (SPD) und vielen weiteren erkennen. Foto: Basta Dittatura (ITA)

MIT GUTEM BEISPIEL VORANGEHEN, FUNKTIONIERT NICHT

Ich würde so etwas mit Alkoholikern vergleichen: Nur weil einer aufhört zu saufen und mit gutem Beispiel vorangeht, ändert dies nichts daran, dass die anderen weiter saufen. Der beste Beleg dafür, dass die Theorie mit gutem Beispiel voranzugehen nicht funktioniert, ist doch der Atomausstieg Deutschlands. Haben die anderen Länder deshalb mit der Kernspaltung aufgehört? Nein, im Gegenteil! In Japan hat man nun die AKWs nach der Katastrophe von Fukushima wieder hochgefahren. Hinzu kommt die Doppelmoral der deutschen Politik. Wenn man gegen Atomkraft ist, dann muss man nicht nur aufhören diese herzustellen, sondern auch damit, diese zu importieren.

Dass deutsche Weltrettungsideologien hochgefährlich sind, wissen wir bereits aus der Vergangenheit. Wenn der Deutsche mit seinen moralischen Vorstellungen die ganze Welt überzeugen will, dann gehen bei mir die Alarmglocken an. Die »grüne Sekte« ist aber inzwischen radikal geworden, man schließt sich zu kriminellen Vereinigungen zusammen, um Straftaten zu begehen («Letzte Generation«), und der Rechtsstaat schaut mehr oder weniger weg. Straftaten werden verharmlost, indem man diese rechtfertigen will, es geschehe doch für einen höheren Zweck – etwa zur Rettung der Umwelt. In einem Rechtsstaat muss das materielle Recht aber eingehalten werden, sonst sind wir beim Naturrecht. Je nach Ideologie denkt dann jeder Bürger, dass er sich nicht mehr an das Recht zu halten habe.

JEDER MUSS SICH AN DAS GESETZ HALTEN (ART. 20 ABS. 3 GRUNDGESETZ)

Gleichzeitig sehen die Bürger, dass die Politik meint, sich selbst nicht mehr an das Recht halten zu müssen. Bestes Beispiel: die Corona Krise. Auch hier ging es darum, die Welt vor dem bösen Virus retten zu wollen. Hierfür waren alle (auch unsinnigen) Maßnahmen gut. Ob diese gegen das Grundgesetz verstoßen haben, war unseren Politikern egal – dies könnten dann ja die Gerichte feststellen. Nach Art. 20 Abs. 3 Grundgesetz ist aber auch die gesetzgebende Gewalt an das Recht gebunden. Dass bedeutet, dass man nicht sehenden Auges Maßnahmen beschließen darf, die gegen das Grundgesetz verstoßen, aber genau das wurde doch im »Überlebenskampf« gegen das Virus getan. Das Grundgesetz enthält Abwehrrechte des Bürgers gegen den Staat. Diese aber wurden umgekehrt: Statt grundsätzlich bestehender Abwehrrechte wurden daraus sogenannte Privilegien gemacht, die sich der Bürger erst verdienen musste, zum Beispiel indem er an einem Gen-Experiment als Versuchskaninchen teilnehmen musste, wenn er seinen Arbeitsplatz und damit seine Existenzgrundlage nicht verlieren wollte.

Die rechtswidrigen Einschränkungen des Grundgesetzes, die ab dem Jahr 2020 mit dem Kampf beziehungsweise Krieg gegen das Corona-Virus begründet wurden, waren ein rechtlicher Dammbruch. Eine Aufarbeitung findet nicht statt. Das gilt auch für andere Themen wie der rechtswidrigen Alleinentscheidung der Ex-Kanzlerin Angela Merkels (CDU), die deutsche Grenze zu öffnen beziehungsweise nicht zu schließen und damit eine Massenzuwanderung in unser Sozialsystem zu ermöglichen.

MERKELS WELTBILD UND DAS WIR-KOLLEKTIV

Merkels eigenwillige Einstellung zum deutschen Grundgesetz ist dabei nicht nur von Unkenntnis unserer Verfassung geprägt, sondern entspringt meiner Ansicht nach auch ihres persönlichen Werdegangs als Pastorentochter in einer Diktatur. Dabei steht das kommunistische Kollektiv, das »Wir« (schaffen das), im Zentrum ihres Denkens, während die Freiheit und das Recht des Einzelnen dahinter zurücktreten muss.

Es wären vor allem die Medien gewesen, die auf diese rechtswidrigen Angriffe auf das Grundgesetz hätten berichten und aufklären müssen. Die Medien sind aber als vierte Säule der Demokratie völlig ausgefallen, ob dies die »Willkommenskultur« war, die von der Mehrheit der Menschen abgelehnt wurde, oder die Corona Maßnahmen – stets schlugen sich die Medien auf die Seite derjenigen, die diese Maßnahmen angeordnet haben.

Widerstand ist nicht nur nicht gewollt, sondern inzwischen sogar gefährlich geworden. Kritikern wird der Zugang zum Arbeitsplatz verweigert, sie werden mit unsinnigen Anschuldigungen vor Gericht gezogen und ihre Wohnungen durchsucht. Die Begründungen für dieses Vorgehen: Man wurde auf einer Corona-Demo gesehen und man sei kritisch gegenüber dem Gen-Experiment gewesen. Ärzte und Anwälte, die sich kritisch zeigten, wurden von ihren Kammern mit Verfahren überzogen. Eine andere Ansicht sei zwar erlaubt, aber dann müsse man eben damit rechnen, dass einem die Zulassung entzogen wird.

In dem Sinne ist es auch kein Zufall, dass nur noch 40 Prozent der Bürger glauben, ihre Meinung frei äußern zu können. Und weil es mit der systematischen Meinungsunterdrückung so gut funktioniert hat – denn bis heute gibt es weder in den Medien noch in der Politik auch nur irgendeine Konsequenz für das Meinungsdiktat und die Missachtung des Rechts – macht man natürlich weiter auf diesem Weg. Da *poppt* nun das Thema Umwelt wieder auf, nachdem man es vor Corona bereits über die Freiwilligkeit versucht hatte – jedoch ohne jeden Erfolg. Täglich sah man ein kleines Mädchen aus Schweden im TV, das angeblich ganz alleine und ohne jede mediale Hilfe sich mit einem Schild vor die Schule setzte und in den Klima-Streik getreten war. Das veranlasste den Verbraucher aber nicht dazu, seinen Verbrenner zu verschrotten und sich ein E-Auto zuzulegen, um damit die Welt vor dem CO2 zu retten.

NUR DIE EUROPÄISCHE UNION WEISS, WAS GUT FÜR DEN BÜRGER IST

Und so wurde dann von oben herab für den Bürger entschieden, dass der Verbrenner sein Ende finden müsse – natürlich beschlossen von der EU, damit auch niemand den regionalen Parlamenten böse sein kann. Nach dem Klima-Beschluss des Verfassungsgerichts hat sich nun auch ein weiteres Gericht dem Thema Umweltrettung im Alleingang angeschlossen: der europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg
In Zeiten von Corona, hätte der eine oder andere »Schwurbler« gerne mal etwas von dieser 1959 von den Mitgliedern des Europarats gegründeten Institution gehört. Stichwort: freie Meinung, Recht auf körperliche Unversehrtheit oder auch Versammlungsfreiheit. Das Recht auf Versammlung kann nach der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) nämlich eingeschränkt werden, wenn dies gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft notwendig ist, zum Beispiel zum Schutz der Gesundheit oder der Moral. Aber besser Doppelmoral als gar keine Moral, wie die Klima-Aktivistin Luisa Neubauer vielleicht sagen würde.

Jede Person hat das Recht auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens, ihrer Wohnung und ihrer Korrespondenz, steht in Art. 8 der europäischen Menschenrechtskonvention. Genau dieser Artikel war nun Grundlage für das Klima-Urteil aus Straßburg. Auf dieser Basis hat der Gerichtshof für Menschenrechte im Fall der Klimasenioren die Schweiz verurteilt, weil diese zu wenig gegen den Klimawandel tue und damit den Schutz des Privatlebens älterer weißer Frauen verletze. Ebenso wie beim Klima-Beschluss des deutschen Bundesverfassungsgerichts wird hier fälschlicherweise angenommen, dass sich daraus eine nationale Verpflichtung zu noch mehr Umweltschutz ergibt, vor allem wenn der Rest der Welt gar nicht mitmacht.

Der »Schutz des Privatlebens« der alten weißen Frauen aus der Schweiz kann nämlich niemals erreicht werden, wenn alleine die Schweiz mehr für die Umwelt macht. Im Sinne einer Verhältnismäßigkeitsprüfung scheitert dieser Gedanke bereits an dem Punkt der Geeignetheit, wenn die kleine Schweiz dazu verpflichtet wird, klimaneutral zu werden, während der Rest der Welt sich nicht an entsprechende Abkommen hält. Wie mit dem Alkoholiker eben: Wenn einer aufhört, bedeutet dies eben nicht, dass keiner mehr etwas trinkt. Das

Fortsetzung auf Seite 10

WIR SIND DIE 99 PROZENT!

MOTOR MITTELSTAND

KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

EIN WUNDER, DASS ES UNS NOCH GIBT

Arbeiten birgt zunehmend mehr Risiken – selbstverständlich nur für jene, die arbeiten. Das sagt die UN, also genauer gesagt, die internationale Arbeitsorganisation ILO, und mixt dabei alles durcheinander, was es zum Mixen gibt. 70 Prozent aller Arbeitenden werden betroffen sein, etwa von Extremsituationen durch Hitze, UV-Strahlung, schlechter Luft und – natürlich – vom Klimawandel. Nicht betroffen sind die restlichen 30 Prozent – wahrscheinlich weil diese keiner Beschäftigung nachgehen. Das kommt ja in etwa hin: Immer weniger arbeiten und erwirtschaften, was man allgemein als Rente bezeichnet.

Die wahren Gefahren für die Arbeitenden gibt es schon jetzt: Die meisten davon sitzen in Berlin im Deutschen Bundestag. Je höher der Rang, je größer die Gefahr, je ausgeprägter gleichzeitig auch die Arbeitsscheu. Wo gibt es schon schlappe 10.000 Euro für wenig Tun und häufiges Nichterscheinen? Sie reden über Dinge, von denen sie selbst keine Ahnung haben: Arbeit, rechtschaffene Arbeit. Die Folgen sind fatal: Immer höheres Renteneintrittsalter, Steuer-Wegelagerei, Mittelstandsvernichtung, Plandemie, Kriegstreiberei… Die Liste ist unerschöpflich, alle Punkte in Gänze am eigenen Land und seiner Bevölkerung vorbei. Keine Frage: Grüne Politik ist zum Verderben verurteilt.

2,4 Milliarden von weltweit 3,4 Milliarden arbeitenden Menschen würden bereits jetzt übermäßiger Hitze beim Arbeiten ausgesetzt. 19.000 Menschen kommen angeblich jedes Jahr wegen übermäßiger Hitze bei der Arbeit ums Leben, manche davon plötzlich und unerwartet – eine neue Qualität des Sterbens, traurig, aber wahr. Wieder einmal Zeit für eine neue Angst. Ölkrise, Waldsterben, Krankheiten und was sie alles heraufbeschworen haben, alle fünf Jahre wieder. Ein Wunder, dass es uns und diese schöne Welt noch gibt.

Sie sind Vasallen des Geldes, Marionetten der Eliten, oftmals korrupt und kriminell. Unternehmer und ihre Familien, das Herz des deutschen Mittelstandes, sind ernsthaft vom Aussterben bedroht. 99 Prozent sind nicht in der Lage, dieses Treiben zu unterbinden, sie machen quasi alles mit. Die unverarbeiteten Traumata aus Generationen und Kriegen lassen grüßen. Es wird Zeit, dass wir uns auf die wahren Werte besinnen, aufstehen und mutig dafür einstehen.

Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany*!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

Fortsetzung von Seite 9

ist einfach eine Milchmädchen-Rechnung, die von Ideologen aufgemacht wurde und die lediglich dazu führen wird, dass vor allem Europa nicht mehr wettbewerbsfähig sein wird, mit dem Ergebnis, dass anderen Ortes unter weit umweltschädlicheren Umständen weiter produziert wird.

Der Gerichtshof sieht seine Rechtsprechung hingegen als eine »dynamische« und »moderne« Rechtsprechung an. Die Straßburger Richter verstehen die EMRK als »lebendiges Instrument«, das der gesellschaftlichen Entwicklung folgen müsse. Dabei nehmen sie die Schöpfer der EMRK auch nicht »beim Wort«, sondern »beim unausgesprochenen Wort« – also nicht bei dem, was gesagt und in den Verträgen niedergelegt worden ist, sondern bei dem, was hätte gesagt werden können und vielleicht auch hätte gesagt werden sollen.

Was das Gericht also unter dem Schutz des Privatlebens und sich der daraus angeblichen staatlichen Verpflichtung ergibt, ist meiner Ansicht nach alleine der privaten Meinung und Weltbild der Richter selbst entsprungen. Wenn für unsere Richter aus Straßburg die körperliche, psychische und moralische Unversehrtheit einer Person, ihre Privatsphäre und ihre Identität untersteht, dann frage ich mich, warum nicht genau diesen Richtern aufgefallen ist, dass eine Impfpflicht (auch eine indirekte unter Verlust des Arbeitsplatzes) bei einer längst festgestellten Letalitätsrate von 0,15 Prozent (internationaler Ratio) nicht auch gegen die Persönlichkeitsrechte und den Schutz des Privatlebens verstoßen hat.

Im Jahre 1990 hatte der Gerichtshof eine Umweltklage übrigens noch abgelehnt. Zwei Anwohner des Flughafens London Heathrow hatten wegen Fluglärms und der damit verbundenen gesundheitlichen Probleme geklagt. Der Gerichtshof in Straßburg gewichtete die wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens damals höher als die privaten Interessen der Beschwerdeführer.

MENSCHEN ÜBERZEUGEN UND NICHT ZWINGEN

In der Tat müssen wir die Belange von Umwelt und Wirtschaft besser in Einklang bringen, als wir dies in der Vergangenheit getan haben. Ich bezweifle jedoch, dass dies durch gesetzliche Verbote und eine Null-CO2-Politik (ebenso wie eine Null-Covid-Politik) möglich ist. Wir müssen die Interessen zusammenbringen. In der eigenen Gesellschaft, wenn es darum geht, dass Umweltschutz nicht zu Lasten von Arbeitsplätzen gehen darf, oder nur reiche Mitbürger sich Umweltschutz noch leisten können, indem sie dann von Privilegien profitieren, während die armen Mitbürger ohne Licht in der Wohnung auskommen müssen.

Ebenso brauchen wir aber auch internationale Lösungen, die nicht darin bestehen können, dass man im Sinne einer feministischen Außenpolitik andere Staaten beschimpft, wie kleine Kinder dies tun, sondern offen bleibt für gemeinsame Kompromisse. Das gilt umso mehr, als dass man es sich aufgrund der bestehenden grünen Doppelmoral gar nicht erlauben könnte, den Handel mit diesen Staaten einzustellen. Wir leben eben nicht im Taka-Tuka-Land und Wirtschaftspolitik hat auch nichts mit Kinderbüchern zu tun.

Wenn Kinder an der Macht sind, so wie es sich der Musiker Herbert Grönemeyer musikalisch wünschte, dann erleben wir genau das, was wir aktuell sehen. Wir brauchen keine Kinder an der Macht, sondern erwachsene Menschen, die diplomatisch dazu in der Lage sind, Kompromisse zu schließen, anstatt sich wie im Sandkasten gegenseitig auf die Fresse zu hauen. Alles für die Umwelt ist daher auch genauso unsinnig, wie die ähnlich lautende Parole aus dem Dunkeldeutschland, wegen der ein bekannter ostdeutscher AfD-Politiker aktuell vor Gericht steht.



Gordon Pankalla ist Demokrat und Rechtsanwalt in der Stadt Köln.



Karikatur: Via Basta Dittatura

MELDUNG

DEUTSCHLAND SCHLUSSLICHT IN EUROPA

Berlin/DW. Während die Konjunktur in anderen Ländern deutlich besser läuft, senkte der Internationale Währungsfonds (IWF) seine Wachstumsprognose für Deutschland ein weiteres Mal ab. Demnach werde die deutsche Wirtschaft im laufenden Jahr nur noch um 0,2 Prozent wachsen. Damit befindet sich Deutschland auf dem letzten Platz aller Industrienationen. Die Bundesregierung hat derweil am Mittwoch ihre Wachstumsprognose für 2024 leicht angehoben und rechnet nun mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,3 Prozent, was einem Plus von 0,1 Prozentpunkten gegenüber dem Jahreswirtschaftsberichts vom Februar entspricht. Im Höhenflug befindet sich im Gegensatz zu Deutschland die russische Wirtschaft: Russische Aktien haben den höchsten Stand seit Beginn des Ukrainekriegs erreicht. (kmü)

WÄRMEPUMPEN DÜRFEN NICHT MEHR ANS STROMNETZ

Oranienburg/Wahlstedt/DW. Während Wirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnisgrüne) versichert, dass die Stromversorgung in Deutschland gesichert sei, lassen sich die fatalen Folgen der grünen Energiewende immer öfter kaum noch verbergen. In Oranienburg (Brandenburg) ist das Stromnetz komplett ausgelastet. In einer Mitteilung auf der Seite der Stadt heißt es: »Um das Stromnetz in Oranienburg weiter stabil zu halten, können die Stadtwerke ab sofort keine Neuanmeldungen oder Leistungserhöhungen von Hausanschlüssen mehr genehmigen.« Davon betroffen sind u. a. Anschlüsse für Wärmepumpen und Ladesäulen für E-Autos. Mit der dänischen Firma Grundfos, die in Wahlstedt (Schleswig-Holstein) 530 Mitarbeiter beschäftigte, ist unterdessen ein weiteres Unternehmen aus Deutschland geflüchtet. Dabei handelt es sich ausgerechnet um einen Pumpen-Hersteller. Grundfos verlagert seine Produktion künftig nach Ungarn, Serbien und Dänemark. (kmü)

INSOLVENZWELLE ROLLT WEITER

Northeim/Heilbronn/Stadtlohn/DW. Eine Industrienation schafft sich ab: Eine besorgniserregende Pleitewelle rollte durch das Land. Jüngste Beispiele: Das Traditionsunternehmen Breckle Polsterbetten GmbH aus Northeim (Niedersachsen) hat Insolvenz angemeldet. 350 Mitarbeiter sind betroffen. Von der Insolvenz des Heilbronner Maschinenbauers Illig sind mehr als 500 Beschäftigte betroffen. Auch der Stadtlohner Möbelhersteller Hülsta steht nach Insolvenz vor dem Aus und die 280 Mitarbeiter vor einer ungewissen beruflichen Zukunft. Dies ist stellvertretend nur eine kleine Auswahl von Pleiten aus den vergangenen Wochen. Die Liste ließe sich beliebig ergänzen. (kmü)

NEUE PROTESTWELLEN

In den USA weitet sich der Kampf gegen das genozidhafte Vorgehen des »Vorpostens des Westens« in Gaza aus. Berliner »Palästina-Kongress« aufgelöst. | BERICHT von Batseba N'Diaye

»Mehr als 150 Festnahmen bei propalästinensischer Demonstration in New York«, berichtete die russische Auslandswelle RT Deutsch. Weite Teile des amerikanischen Volkes wenden sich gegen die neueste Form des Expansionismus des »Werte-Westens« in Nahost.

In den westlichen »Mainstream« schaffte es die seit Jahren größte Aufstandswelle in den USA nicht, weder diesseits noch jenseits des Atlantiks. Dabei nehmen die Demonstrationen in den USA Größe und Charakter der Anti-Vietnamkriegsdemonstrationen von 1967 und '68 an. Dem Volk stehen teils hochgerüstete Inlandstruppen gegenüber, die es in der selbsternannten »exzeptionalistischen« Demokratie vor 50 Jahren noch nicht in der Masse gegeben hatte.

Zu Aufsehen in Internetkanälen – die mehr und mehr zur einzigen Informationsquelle für Auslandsberichterstattung wird und von der EU demnächst stärker zensiert werden soll – führte die Besetzung des Campus der Columbia-Universität in der Stadt New York. »Wir sehen einen hundertjährigen Krieg gegen die Palästinenser«, so der Bürgerrechtler Marc Lemont Hill in seiner Rede auf dem Campus. »Wir werden unseren Kampf fortsetzen, bis dieser Krieg beendet ist!« Israel nannte Hill einen »hässlichen Apartheidsstaat«.

PARIS, TEXAS, TEL AVIV, BERLIN

In Dutzenden weiteren US-Universitäten schlossen sich Studenten und Bürger in Stärken von teils mehreren Tausenden an, darunter an der Universität von Texas, wo US-Inlandsmilizien im paramilitärischen Stil den Campus »säuberten«. An der Harvard-Universität bildeten Studenten mehrere große Tanzkreise, die sie »Befreiungszone für Gaza« tauften. An der berühmten Pariser Sorbonne kam es ebenfalls zu spontanen Protesten und Besetzungen von Gebäuden. Überall fanden sich auch jüdische Demonstranten und Rednerinnen unter den aktiven Teilnehmern der propalästinensischen Demonstrationen dieser Woche, die zu Redaktionsschluss andauern oder immer wieder neu ansetzen. Auch in Israel selbst, das vom Haager Menschenrechtsgerichtshof wegen des Verdachts auf Völkermord an den Palästinensern zuletzt bereits in einem Eilverfahren verurteilt wurde (DW berichtete), kommt es vermehrt zu Protesten. Zunächst hatten sich vor allem Jüdisch-Orthodoxe gegen den neuen Kriegskurs des überwiegend jüdischen Staates Israel eingesetzt. Regierungsmitglieder sollen sich Berichten und einzelnen Videos zufolge mittlerweile oft nicht mehr im Freien bewegen können, ohne von aufgebrachten jüdischen Israelis zum Einlenken angehalten und mit Beschimpfungen traktiert zu werden. So konnte der israelische Sicherheitsminister Itamar Ben Gvir am Mittwochabend ein Gebäude nach einer Veranstaltung nicht mehr verlassen, weil sich Hunderte aufgebrachte Zivilisten gegen ihn versammelt hatten.



Wird es ein »neues Achtundsechzig« wie während des Vietnam-Krieges? Die Proteste gegen den Völkermord in Gaza an vielen amerikanischen Universitäten nehmen zu und werden militant. An der New Yorker Columbia-Universität besetzte eine große Zahl der Studentenschaft Campus und Gebäude. Der bekannte Bürgerrechtler Colonel West übernahm die Ansprache (Bildmitte mit Megaphon). Foto: von privat



Nach dem Überfall auf den zivilen Palästina-Kongress in Berlin durch die der Demokratiebewegung gut bekannten BRD-Inlandsmilizen mit Polizeiaufdruck forderte der frühere griechische Finanzminister Yanis Varoufakis eine Bestrafung der deutschen Regierung und einen Waffenstillstand für Gaza vor der deutschen Botschaft im Athen. Foto via Yanis Varoufakis / Mera25

Auch den Israelis scheint zu dämmern, dass sie möglicherweise in einem Weltkriegsszenario des »Tiefen Staates« als »Kanonenfutter« verheizt werden sollen. Der Schock der Bilder vom mutmaßlichen Hamas-Angriff auf israelische Jugendliche am 7. Oktober 2023, der weltweit für Bestürzung gesorgt hatte, scheint jedenfalls einem Hass auf die eigene Regierung um Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und den angloamerikanischen Kriegsblock gewichen zu sein.

BERLINER TERRORSTAAT WIEDER IM FOKUS DER WELTÖFFENTLICHKEIT

Aus Berlin gingen am 12. April 2024 die Bilder um die Welt, wie die berüchtigten deutschen Polizeitruppen in den zivilen »Palästina-Kongress« eindrangen, den Strom abdrehten und die Teilnehmer vertrieben und teilweise festnahmen. Unter den Festgenommenen befanden sich Juden verschiedener Nationalitäten, israelische Staatsbürger. Dem ehemaligen griechischen Finanzminister wurde die Rede untersagt und ihm ein Einreiseverbot in die BRD verhängt. Für die Vorgänge zeichnet wohl das Bundesinnenministerium unter Nancy Fäser (SPD) verantwortlich, wobei wie unter dem Corona-Terror unklar ist, ob nicht die US-Besatzer direkt und an den formalen BRD-Amtsträgern vorbei kommandieren.

An dem aufgelösten Berliner Kongress hatten sich unter anderem die Tageszeitung junge Welt beteiligt, dazu eine große Zahl an Professoren, Expertinnen und Presseteilnehmern aus aller Welt, teils auch aus dem »linksliberalen« Regime-Mainstream wie etwa Vertreter der Wochenzeitung »Die Zeit«. Einmal mehr zeigt sich, dass das wankende Dollar-Imperium USA wohl dringend einen ganz großen Krieg braucht, um seinen Niedergang in die nächste »Runde« zu retten – und die Corona-Lüge nur der Vorbereitung dazu diente (vgl. »Corona – Inszenierung einer Krise«, hrsg. Von Prof. Klaus-Jürgen Bruder, Almuth Bruder-Bezzel und Jürgen Günther (Hrsgg.), Sodenkamp & Lenz Verlag, Berlin 2022).



»All in«, alles hineinwerfen, wolle die BRD bei der Verlegung von 90.000 US-amerikanischer Truppen und Truppen von US-Vassallenstaaten bei der »Übung« des Kriegsbündnisse Nato an der »Ostflanke«, so der Generalinspekteur der deutschen Bundeswehr Carsten Breuer (auf dem Bild) im Zuge der Bundespressekonferenz am 24. April 2024. Die BRD-Einwohner hätten sich für den »Quadriga« betitelten Aufmarsch auf »deutliche Schritte Richtung Krieg« (sic!). einzustellen, so der General des Heeres. »Es wird lauter und es wird voller werden auf Deutschlands Schienen und Straßen, mehr Flecktarn, aber ich denke, auch das ist gerade Zeitenwende«, so der Spezialist fürs Töten. Foto: Marc Friedrich

MELDUNG

POLEN BEREIT FÜR ATOMWAFFEN

Washington/Warschau/DW. Nur zwei Tage nachdem der US-Senat ein weiteres, 61 Milliarden Dollar schweres, Hilfspaket für die Ukraine durchgewunken hat, erklärte Polens Präsident Andrzej Duda seine Bereitschaft, zur Abschreckung Russlands Atomwaffen in seinem Land zu stationieren. Bei einem entsprechenden Ansinnen der Nato könne Polen so die Ostflanke des sogenannten Verteidigungsbündnisses stärken. Russland reagierte darauf mit einer Drohung: »Militärvertreter werden die Situation natürlich analysieren und in jedem Fall alle notwendigen Maßnahmen als Reaktion ergreifen, um unsere Sicherheit zu garantierten«, so Kreml-Sprecher Dmitri Peskow gegenüber dem *ZDF*. Eine Entwicklung, die Wirtschaftsexperte Ernst Wolff Sorgen bereitet: »Sie wollen den Krieg um jeden Preis«, kommentierte er in seinem Telegramkanal. (kmü)

ORBAN POCHT AUF KURSWECHSEL

Brüssel/Budapest/DW. Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban zeichnet ein dunkles Bild der Zukunft Europas. Beim Auftakt des Europawahlkampfs seiner Partei in Budapest kritisierte er laut *n-tv* die Haltung der Mehrzahl der EU-Staaten zum Krieg in der Ukraine: »Sie sehen den Krieg als ihren eigenen an, und sie kämpfen, als wäre es ihr eigener Krieg.« Orban beschwerte sich zudem darüber, dass die EU versuche, Ungarn ihren Willen aufzuzwingen und fordert einen Kurswechsel: »Die Führung in Brüssel muss gehen«, erklärte er. »Sie verdient keine weitere Chance. Es muss Wandel in Brüssel geben.« Eine Woche zuvor gehörte Orban zu den Teilnehmern der konservativen NatCon-Konferenz in Brüssel, die der örtliche Bürgermeister zwischenzeitlich mit Polizeigewalt stoppen ließ, was ein Sprecher des britischen Premierministers Sunak als »äußerst beunruhigend« bezeichnete. Nach einem gewonnenen Einspruch vor Gericht konnten die Organisatoren die Veranstaltung jedoch fortführen. (kmü)

TUCKER CARLSON INTERVIEWTE TELEGRAM-CHEF DUROW

Dubai/DW. In einem Interview mit Tucker Carlson erklärte Telegram-Chef Pawel Durow, dass er sein Unternehmen einst in Berlin ansiedeln wollte, ehe er die Idee jedoch wegen überbordender Bürokratie aufgab. Vor sieben Jahren war der Russe nach Dubai gegangen und steuert von dort sein Unternehmen. Im Interview lobte der 39-Jährige, dass Elon Musk Twitter gekauft hat, weil dieser für die Meinungsfreiheit kämpfe. Behauptungen, dass Telegram unter russischer Kontrolle stehe, seien nur ein haltloser Versuch, sein Unternehmen zu diskreditieren. Telegram verbreite sich wie ein »Lauffeuer«, so Durow. (kmü)



»Der ange
Schaden i

Prominenter Corona-Maßnahmenkritiker der ersten Stunde: Prof. Dr. Andreas Sönnichsen ist heute Wahlarzt für Innere und Allgemeinmedizin mit eigener Praxis in Salzburg. Im Interview mit dem DW spricht er über die RKI-Files, die ungewöhnlich hohe Anzahl von Todesfällen in der Sportwelt und die Perspektive der Widerstandsbewegung. Foto: Dirk Wächter.

Prof. Dr. Andreas Sönni
und Familienmedizin an
Der 66-Jährige hielt mit
Die Folgen: Diffamierun

DW: Wenn Sie auf die vergangenen vier Jahre zurückblicken: Was hat Sie am meisten schockiert?
Prof. Dr. Andreas Sönnichsen: Mich haben so viele Dinge schockiert, dass ich gar nicht weiß, wo ich anfangen soll. Entsetzt bin ich zum Beispiel darüber, dass es die Ärzteschaft und die universitäre Wissenschaft schaffen, bis heute Fakten zu leugnen. Das ist für mich unerklärlich. Man sieht es nun auch in Bezug auf die RKI-Protokolle. In diesen steht genau das, was wir seit vier Jahren sagen. Zudem ist jetzt öffentlich zugänglich, was ich in meinen Vorträgen immer wieder erwähnt habe: Das RKI hat in den unteren Ebenen ordentliche Arbeit geleistet.

DW: Erklären Sie das bitte!
A.S.: Während der sogenannten Pandemie wurden Influenza-Wochenberichte veröffentlicht, die wesentlich aussagekräftiger waren als die Covid-Wochenberichte. Daraus ging hervor, dass die SARS-CoV-2-positiven Tests prozentual fast durchgehend im einstelligen Bereich lagen. Das Expertengremium wusste also damals schon, dass SARS-CoV-2 im Gesamtbild der Erkältungskrankheiten keine wesentliche Rolle spielte. Demnach erfolgte die Hochstufung der Gefahrenlage nicht aus wissenschaftlich-epidemiologischen, sondern allein aus politischen Gründen, um die darauffolgenden Maßnahmen begründen zu können. Zudem wussten wir durch eine Publikation in China bereits Ende Februar 2020, dass die Letalität der SARS-CoV2-Erkrankungen nicht höher ist als bei einer gewöhnlichen Grippe. Doch das alles wurde ignoriert. Und was noch irrer ist: Es wird immer noch ignoriert. Ich kann Ihnen eine dazu passende Geschichte erzählen.

DW: Bitte, gerne!
A.S.: Die meisten meiner früheren Kollegen haben den Kontakt zu mir abgebrochen, aber mit ein paar Leuten aus dem »anderen Lager« kommuniziere ich noch, beispielsweise mit einem meiner Vorgänger als Vorsitzender des Netzwerks Evidenzbasierte Medizin. Ihm habe ich Ende 2023 eine faktenbasierte Zusammenfassung meiner Erkenntnisse geschickt und ihm mitgeteilt, dass es im März 2020 in Deutschland praktisch kein Covid und nur einzelne Corona-Tote gab. Der März 2020 war durch die ausklingende Grippewelle bestimmt und es starben wesentlich mehr Menschen an Influenza als an Covid.

DW: Wie fiel seine Reaktion aus?
A.S.: Er schrieb mir, dass er sich alles nochmals angesehen hätte und fühlte sich in seiner Sichtweise bestätigt: Die Covid-Todesfälle seien zwischenzeitlich in die Höhe geschossen und die »Impfung« habe Millionen Menschenleben gerettet. Ihm sei unbegreiflich, dass so intelligente Akademiker wie ich irgendwann falsch abgebogen sind und nicht mehr aufs Gleis zurückfinden. Das teilte er mir mit, obwohl sonnenklar ist, dass die Pandemie nur dazu diente, die Impfstoffe zu vermarkten. Ähnlich war es ja bereits 2009, als man es mit der Schweinegrippe versuchte. Jetzt waren sie leider deutlich erfolgreicher. Die Protagonisten waren dieselben wie damals, etwa ein Christian Drosten, der gerne mitgespielt hat, weil er so seinen PCR-Test gewinnbringend vermarkten konnte.

DW: In den unabhängigen Medien wurden die RKI-*Files* völlig zu Recht gefeiert. Der *Mainstream* jedoch ignorierte sie zu einem großen Teil.
A.S.: Das hat mich nicht überrascht, schließlich haben die Verursacher der Misere viel zu verlieren. Mal abgesehen davon, dass es für Wissenschaftler hochgradig peinlich ist, dass sie sich in diesem Fall ins Bockshorn haben jagen lassen, fragt man sich natürlich, welche Agenda dahintersteckt. In Anbetracht von Pandemievertrag und der Neufassung der Internationalen Gesundheitsvorschriften dürfte klar sein, dass es vor allem darum geht, derartige Szenarien künftig noch leichter durchzusetzen, um Absatzmärkte zu sichern. Die »Impfung« war die *Cashcow* (dt.: Geldkuh) schlechthin.

DW: Welche Erkenntnisse haben Sie noch aus den RKI-*Files* gewonnen?
A.S.: Die Protokolle bestätigen Kritiker wie mich in allen Punkten: Es gab keine Evidenz für Masken im breiten Einsatz und schon gar nicht im Freien. Dass bis heute Strafverfahren gegen Menschen geführt werden, weil sie bei Demos keine Maske getragen haben, ist völlig inakzeptabel. Dass die Teststrategie grober Unfug war, wird ebenfalls durch die Protokolle belegt. Der PCR-Test kann eine Infektion nicht nachweisen, weshalb eine Inzidenz-Festlegung aufgrund von PCR-Massentests wissenschaftlich gesehen völliger Unsinn war. Das einzige Ziel dieser Maßnahme war, die Angst in der Bevölkerung hochzuhalten. Ich bin mächtig gespannt auf die weiteren Protokolle ab Mai 2021. Denn das RKI wusste bereits im März 2021 dass die »Impfung« nicht nebenwirkungsfrei ist, keine sterile Immunität und somit auch keine Herdenimmunität erzeugt, womit eine Impfpflicht, auch eine einrichtungsbezogene, komplett obsolet hätte sein müssen. Mit den Spritzen hätte man allenfalls sich selbst schützen können, wobei wir längst wissen, dass nicht einmal das der Fall war.

»MÖGLICHERWEISE ERTEILEN SICH DIE TÄTER SELBST AMNESTIE«

DW: Rechnen Sie noch mit einer Aufarbeitung der Geschehnisse?
A.S.: Nein, daran glaube ich nicht mehr. Bei einer ernstgemeinten Aufarbeitung müssten die Täter außen vor bleiben und vor allem Leute eingebunden werden, die von Anfang an Recht hatten.

DW: Eben Menschen wie Sie.
A.S.: Ja, zum Beispiel. Aber das wird nicht passieren. Da mache ich mir keine Hoffnungen. Kollegen wie Stefan Hockertz, Martin Haditsch, Christian Schubert, ich und viele andere werden nach wie vor diffamiert und ausgegrenzt. Daran hat sich nichts geändert. Die Einzigen, die uns die Gelegenheit geben, uns zu äußern, sind die alternativen Medien wie etwa der *Demokratische Widerstand* sowie im politischen Lager in Deutschland die AfD und dieBasis und in Österreich die FPÖ und die MFG. Obwohl der angerichtete Schaden riesengroß ist, glaube ich nicht, dass es strafrechtliche Konsequenzen für die Verantwortlichen geben wird. Möglicherweise erteilen sie sich selbst Amnestie.

DW: In der Sportwelt nimmt derzeit die Anzahl der medizinischen Auffälligkeiten rasant zu *(siehe Kasten, Seite 13)*. Was denken Sie, wenn Sie von diesen Vorfällen hören?
A.S.: Das ist ja kein neues Phänomen. Klar, jetzt gab es mehrere prominente Fälle innerhalb kürzester Zeit. Aber es ging ja bereits mit Beginn der Impfkampagne los. Auch vor Corona sind Sportler schon mal umgekippt, aber mit dem Impfstart haben die Zahlen der plötzlich und unerwartet Verstorbenen drastisch zugenommen. Ich habe selbst derartige Fälle erlebt.

DW: Erzählen Sie bitte!
A.S.: Einer meiner Patienten war Skilehrer, Ende 40, der zur »Impfung« genötigt wurde, weil er sonst seinen Job verloren hätte. Das muss man sich mal vorstellen: Ein Skilehrer! Als wenn er auf der Piste jemanden hätte anstecken können. Er hat nach der Injektion eine Myokarditis bekommen und ist ein halbes Jahr später am plötzlichen Herztod verstorben. Dies geschah im Anschluss an eine sportliche Betätigung, was typisch für diese Fälle ist. Darum kommt es vor allem bei Leistungssportlern auffällig häufig dazu. Die Myokarditis ist eine Entzündung des Herzmuskelgewebes, dort kommt es zu einer vermehrten Erregbarkeit der Herzmuskelzellen und dann zu Herzrhythmusstörungen mit Kammerflimmern. Eine Myokarditis ist nicht so harmlos wie es im *Mainstream* oft dargestellt wird. Aus Studien weiß man, dass Menschen die einmal diese Erkrankung durchgemacht haben, im Durchschnitt eine reduzierte Lebenserwartung haben.

DW: Die Medien berichten zwar über die Einzelfälle, jedoch gibt es kaum zusammenhängende Berichte. Und wenn doch, werden zum Teil hanebüchene Erklärungen geliefert, obwohl der »rosa Elefant« längst mitten im Raum steht. Wie nehmen Sie es wahr?
A.S.: Ja, das ist so. Ein Zusammenhang zur »Impfung« wird nicht hergestellt. Das Ausmaß des Schadens durch die Corona-Spritzen kann man derzeit noch nicht beziffern. Das gesundheitliche Risiko nimmt im Laufe der Zeit – je größer der Abstand zur »Impfung« ist – allerdings ab. Wir sollten den »geimpften« Menschen keine Angst machen. Wir wissen nicht, welche langfristigen Folgen die DNA-Verunreinigungen möglicherweise haben. Aber wir dürfen nicht das tun, was wir den anderen vorwerfen, nämlich Panik verbreiten. Dafür gibt es keinen Grund. Schlimm finde ich jedoch, dass man nicht die Offenheit hat, die erwähnten Auffälligkeiten anzusprechen und vor allem zu untersuchen.

DW: Für Aufsehen sorgte zuletzt auch eine Meldung, nach der die gesetzlichen Krankenkassen nach eigenen Angaben im vergangenen Jahr einen sprunghaften Anstieg bei den Pflegefällen festgestellt haben. So sei die Zahl in früheren Jahren um rund 326.000 Fälle jährlich gewachsen, im Jahr 2023 um 361.000 Fälle. Könnte das auch mit den Corona-Spritzen zusammenhängen?

erichtete ist riesengroß«

chsen war bis Januar 2022 Leiter der Abteilung für Allgemein- n der MedUni Wien, doch dann kam die Plandemie: seiner kritischen Meinung nicht hinterm Berg. g, Ausgrenzung, Jobverlust! | Interview von Klaus Müller

A.S.: Wir haben es mit einem sehr komplexen Geschehen zu tun. Das gilt auch in Sachen Übersterblichkeit. In Schweden ist diese deutlich geringer als in Deutschland, obwohl dort ja auch »geimpft« wurde. Man kann die »Impfung« also nicht für alles verantwortlich machen, auch die Maßnahmen waren schädlich. So haben der *Lockdown* und die Isolierung von Senioren immensen Schaden angerichtet. Wir haben deshalb eine deutliche Zunahme an Demenz bei alten Menschen. Auch die Masken waren schädlich, weil man Mikroplastikpartikel eingeatmet hat, die dann nachgewiesenermaßen in der Lunge gelandet sind. Und auch wirtschaftlicher Niedergang verursacht steigende Morbidität und Mortalität. Eigentlich müsste man prospektive Vergleichsstudien machen zwischen »Geimpften« und »Ungeimpften«. Dann wäre man schlauer. Auch sollte man *Long Covid* und *Post-Vac*-Fälle voneinander trennen, aber auch das passiert nicht.

DW: Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) will die regelmäßige Herzvorsorge künftig zur Kassenleistung machen. Kritiker sagen, damit wolle man den Absatz von Herzmedikamenten steigern. Wie sehen Sie es?
A.S.: Ich sehe die gesamte Vorsorgemedizin kritisch. Die Evidenz für die meisten dieser Untersuchungen ist sehr bescheiden. Prof. Dr. Ingrid Mühlhauser hat dies in ihrem Buch »Unsinn Vorsorgemedizin – Wem sie nützt, wann sie schadet« sehr gut dargestellt. In großen Studien wurde nachgewiesen, dass sie im Schnitt keine Lebensverlängerung bewirken. Aber es werden Millionen gesunder Menschen zu Patienten gemacht, die dann irgendein Medikament einnehmen, das ihnen gar nichts bringt.

»DIE WHO IN DER JETZIGEN FORM MUSS ABGESCHAFFT WERDEN«

DW: Die WHO schlägt nun Alarm wegen der Vogelgrippe.
A.S.: Möglich, dass hier bereits die nächste Pandemie in der Schublade steckt. Das Vogelgrippevirus ist ja Gegenstand der *Gain-of-function*-Forschung, was völlig irre ist.

DW: Ende Mai sollen der WHO-Pandemievertrag und neue Internationale Gesundheitsvorschriften (IHR) verabschiedet werden. Im schlimmsten Fall wird die Welt künftig aus Genf regiert.
A.S.: Ich bin einigermaßen zuversichtlich, dass beides nicht ratifiziert wird. Für den Pandemievertrag ist eine zwei Drittel-Mehrheit nötig. Aber es gibt erheblichen Widerstand, etwa aus den Niederlanden und aus dem globalen Süden. Dort will man sich nicht bevormunden lassen. Bei den IHR ist es so, dass laut WHO-Statuten eine Abstimmung Ende Mai nicht rechtens wäre *(vgl. Seite 7/Anm. d. Red.)*.

DW: Besitzt die WHO überhaupt die Kompetenz für ein Pandemie-Management?
A.S.: Nein, das haben wir doch bei Corona gesehen. Die Empfehlungen, die von der WHO kamen, waren letztlich alle aus epidemiologischer-wissenschaftlicher Sicht nicht gerechtfertigt. Wir wissen ja auch, dass die WHO nicht wissenschaftlich ausgerichtet ist, sondern fest in der Hand der pharmazeutischen Industrie ist und von NGOs, die dieser nahestehen, wie etwa der *Bill & Melinda Gates Foundation*. Die WHO in der jetzigen Form muss abgeschafft werden. Ich halte eine Reformation nicht mehr für möglich. Wir benötigen eine Neugründung.

DW: Auch die EU treibt mit entsprechenden Beschlüssen künftige Szenarien voran, mit denen man einen angeblichen Gesundheitsnotstand als Machtmittel missbrauchen kann. Was lässt Sie trotzdem zuversichtlich in die Zukunft blicken?
A.S.: Eigentlich können wir Corona dankbar sein. Viele Menschen, ich inklusive, sind dadurch aufgewacht, nachdem man zuvor im Dämmerschlaf vor sich hinlebte. Ich war zwar bereits seit 20 Jahren pharmakritisch, habe Interessenskonflikte der Pharmaindustrie und manipulierte Studien aufgedeckt, aber das wirkliche Ausmaß der Korruption, das von diesem industriellen Komplex ausgeht, war mir nicht bekannt. Diese Erkenntnisse verbessern unsere Chancen, dagegen vorzugehen. Hinzu kommt: Die Leitmedien haben versagt, stehen massiv in der Kritik, während die alternativen Medien immer mehr Einfluss gewinnen. Auch das lässt mich hoffen, dass wir das Ruder noch herumgerissen bekommen.

DW: Herr Professor Dr. Sönnichsen, wir danken Ihnen für das Gespräch.



Foto: Commons

HERZINFARKT MITTEN IM TRAINING

Sportler kämpfen längst nicht mehr nur um Titel, sondern immer öfter auch um ihr Leben. Bahnrad-Olympiasiegerin und Impfbotschafterin Kristina Vogel (33), die seit einem Trainingsunfall 2018 querschnittsgelähmt ist, musste sich wegen einer Lungenembolie einer Not-Operation unterziehen. Sie hatte nach eigener Aussage »so viele Thromben in der Lunge, dass der Herzdruck schon gestiegen war und es lebensgefährlich« wurde: »Ein paar Stunden später und ich wäre tot gewesen.«

Fußballstar Evan Ndicka (24, AS Rom, ehemals Eintracht Frankfurt) brach während eines Serie-A-Spiels seines Klubs in der 70. Minute ohne Einwirkung eines Gegenspielers zusammen, nachdem er sich zuvor an den Brustkorb gegriffen hatte. Er darf mittlerweile wieder trainieren. Der 26-jährige Fußballer Mattia Giani brach in Italien während eines Oberliga-Spiels nach einem Torschuss zusammen: Herzstillstand. Er verstarb kurze Zeit später im Krankenhaus.

Mit nur 34 Jahren verstarb der Schweizer Marathonläufer und Olympiaaspirant Adrian Lehmann (Foto), nachdem er im Training für den kurz bevorstehenden Zürich-Marathon einen Herzinfarkt erlitten hatte. Allein diese prominenten Fälle ereigneten sich allesamt im April 2024.



Das Letzte – von Hendrik Sodenkamp

LIEBE UND SEHR GEEHRTE LESER,

für »Demokratie und Freiheit« sollen wir kriegstüchtig werden. Fantastilliarden werden in Rüstungsunternehmen wie Rheinmetall oder das Zentrum Liberale Moderne gesteckt. Die Front hat Innen und Außen muss stehen. »Unsere Demokratie« ist in Gefahr«, sagen sie. Bedroht von Diktatoren: Putin, AfD, das Volk.

Im Endspurt der Europawahl will man nun also ausländische Agenten im AfD-Spitzenteam gefunden haben. Die Opposition soll mal wieder die Fünfte Kolonne des despotischen Ostens sein. Die deutschen Geheimdienste und die Generalbundesanwaltsschaft wollen stramm auf Linie etwas heraus gefunden haben. Der Zeitpunkt der »Enthüllung« ist taktisch gut gewählt. Drei Wochen vor der Wahl. Noch einen Tag zuvor hatte der AfD-Spitzenkandidat Maximilian Krah ein Sechseinhalb-Stunden-Monster-Interview mit Tilo Jung geführt und sich gegen zwei Journalisten gut geschlagen. Er hatte es geschafft, da musste was getan werden.

Bundesinnenministerin Nancy Fäser (SPD) und Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) melden sich zu Wort: Sehr bedrohlich das alles, sagen sie. Putin würde in seinem Regime innenpolitische Gegner als »ausländische Agenten« verfolgen. »Gelenkte Demokratie« sei keine Demokratie.

Da nehme ich sie beim Wort. Der Abbau von erreichten zivilisatorischen und rechtsstaatlichen Standards ist global. Unsere »Verantwortlichen« klammern sich an jede Lüge, um mit viel Druck – und zur Not mit Krieg – ihre Herrschaft über uns aufrecht erhalten zu können.

»Gegen Hass und rechte Hetze« prangert an dem Wahlkampfschild, das beim Schreiben dieser Zeilen ganz weit oben an der gegenüberliegenden Straßenlaterne hängt, um nicht abgerissen zu werden. Auf einem Plakat weiter streckt eine grüne Regierungsdemonstrantin ein Schild mit einem durchgestrichenen Hakenkreuz in die Lüfte. Ob da auch die Staatsanwaltschaft wegen der Verwendung verbotener Zeichen ermitteln wird, wie sie es bei uns tut, den Machern dieser Zeitung (siehe Seite 9)? – Die Glaubwürdigkeit des hiesigen Regimes ist an einem Tiefpunkt angelangt. Nahezu niemand traut ihnen noch über den Weg. Weder hier noch sonstwo in der Welt.

Gegen deren Terror werden wir mit dieser Zeitung weiter Demokratie wagen. Unterstützung bei den kommenden Rechtsstreitigkeiten sind willkommen!

Mit hochachtungsvollen Grüßen

Hendrik Sodenkamp
DW-Herausgeber

demokratischerwiderstand.de/spenden

S & L Verlagshaus
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Vwzck: »Zuwendung für Demokratie und Freiheit«

»JETZT HILFT NUR NOCH DER KONSEQUENTE NIEDERGANG«

Mit seinem witzigen Wochenrückblick auf Kontrafunk begeistert Achim Winter die Menschen. Der DW sprach mit ihm | INTERVIEW von Klaus Müller

DW: Sie haben beim *ZDF* einst u. a. das Boulevardmagazin »Leute heute« moderiert, in »hallo Deutschland« waren Sie mit Ihrem kabarettistischen Wochenrückblick »Winters Woche« zu sehen, der inzwischen auf *Kontrafunk* läuft (abrufbar auch auf YouTube) und Kultstatus hat. Auch *Kontrafunk* ist längst etabliert, feiert im Juni seinen zweiten Geburtstag. Wie wichtig ist das in diesen Zeiten?
Achim Winter: Kontrafunk ist ein Sender für kritische Menschen, die mit den Inhalten in den *Mainstream*-Medien nicht mehr immer einverstanden sind. Was mein Format betrifft: Dass sich jemand zu sagen traut, was viele Leute denken, kommt offenbar gut an. Die Sprache ist mein Instrument, Humor meine zweite Natur.



Wenn Achim Winter für seinen Wochenrückblick in deutschen Fußgängerzonen unterwegs ist und Stimmen aus der Bevölkerung einholt, gibt es immer was zu lachen. Dabei tauchten zuletzt auch bekannte Gesichter wie Peter Hahne oder Professor Stefan Homburg vor der Kamera auf – natürlich »rein zufällig«. Foto: privat.

DW: Woran liegt es, dass der ÖRR seiner eigentlichen Aufgabe nicht mehr nachkommt?
A.W.: Es ist die Folge eines langwierigen Prozesses: Seit der 68er-Bewegung gehen vor allem progressive Menschen in den Journalisten-Beruf, während die Konservativen irgendwann angefangen haben, sich zu schämen. Selbst die CDU ist heutzutage grün. Es ist hip, progressiv zu sein. Die Linken haben die Macht in unserem Land übernommen. Da kann man nicht erwarten, dass die medialen Vertreter im *Mainstream* nun plötzlich anfangen, objektiv und kritisch zu berichten. Die sind doch froh, dass ihre Leute an der Macht sind.

DW: Immer mehr Menschen in unserem Land fühlen sich an die DDR erinnert.
A.W.: Das verstehe ich vollkommen. Es bahnt sich ein Totalitarismus an. Es gibt eine Staatsphilosophie: Wir alle sollen lieb sein und gehorchen, egal, was man mit uns macht. Das ist der neue Sozialismus, der durch die DDR hier implantiert wurde. Angela Merkel hat diesen Prozess vor Jahren beschleunigt. Schon in der DDR galten Bürgerliche als Faschisten. Nur für Konservative ist rechts legitim, für Linke ist es *das* Böse.

DW: Wie die AfD?
A.W.: Ja, es läuft so viel schief in unserem Land, dass man einen Schuldigen dafür braucht und das ist wie so oft derjenige, der die schlechten Nachrichten benennt. Diese Rolle hat jetzt die AfD inne, die von den Medien seit Jahren massiv *geframt* wird. Und die Leute glauben: Wenn der Sündenbock tot ist, wird alles wieder gut. Sie kämen nie auf die Idee, die Misere einem so netten Onkel wie Olaf Scholz in die Schuhe zu schieben.

DW: Haben viele Menschen das Selbstdenken verlernt?
A.W.: Nicht verlernt, sie haben es nie gemacht. Ich habe Bekannte, für die ist Politik nur ein lästiges Thema. Die schauen abends die *Tagesschau* und glauben dann, sie wüssten Bescheid.

DW: Für Ihren jüngsten Wochenrückblick waren Sie in der Fußgängerzone Wiesbadens unterwegs. Dort trafen Sie auf die »Omas gegen rechts«, die jedoch nicht mit Ihnen sprechen wollten. Warum nicht?
A.W.: Ich weiß es nicht. Die »Omas gegen rechts« sind Vorkämpfer der linken Bewegung. Sie sind hochaggressiv und diskutieren nicht. Denen geht es nur darum, die Rechten fertig zu machen, also alle, die rechts von Saskia Esken stehen.

»FÜR LEUTE, DIE NICHT SO HELLE SIND, IST DIE POLITIK DIE BESTE OPTION«

DW: In der Folge sagen Sie auch, Sie hätten im Fernsehen zuletzt nur noch Frauen gesehen, zum Beispiel – wie Sie sie nennen – »Strack-Zimmer-Flak«. Wie Ihre Straßenumfrage zeigt, gibt es tatsächlich Menschen, die diese Frau mögen.
A.W.: Linke finden sie gut, weil sie frech und laut ist. Das ist, sofern es nach links geht, ein sehr populäres Attribut. Verhält sich ein Rechter so, wie einst beispielsweise Franz-Josef Strauß, wird er sofort als komischer Typ abgestempelt. Eigenartig finde ich nur, dass man mit einer derart extremen Kriegstreiberei bei den Linken punkten kann.

DW: Wie finden Sie »Strack-Zimmer-Flak«?
A.W.: Ganz außerordentlich unangenehm.

DW: Über die Außenministerin sagen Sie: Annalena bringe immer wieder gute Laune, etwa wenn sie »Europa verenden« lasse. Was stimmt mit der Frau nicht?
A.W.: Das ist einfach zu analysieren. Es hat mit der Rekrutierung des grünen Personals zu tun. Deren Anforderungsprofil lautet: Hauptsache jung, weiblich und eben laut. Das reicht. Bildung und Lebenserfahrung spielen keine Rolle. Ob Baerbock, Lang oder Fester: Die alle haben von Tuten und Blasen keine Ahnung, können aber jederzeit die Sprechmaschine anwerfen. Das fing einst mit Renate Künast und Claudia Roth an, die haben auch oft herumgeschrien. Baerbocks Sprechstörungen hängen mit ihrer Überforderung zusammen. Jemand schreibt ihr komplizierte Sachverhalte auf. Da sie diese nicht versteht, lernt sie sie auswendig und scheitert dann beim Versuch, die Inhalte in einer stressigen Situation flüssig vorzutragen. Sie ist für ihr Amt in keiner Weise geeignet. Aber das gilt nicht nur für sie. Wenn man sich ansieht, wer in der Politik alles herumläuft, kann es einem nur schlecht werden.

DW: Wie erklären Sie sich diese Ansammlung von Fachkräften?
A.W.: Für Leute, die nicht so helle sind, ist die Politik einfach die beste berufliche Option. Bevor man ein Dasein als Sparkassenleiter in einem kleinen Dorf fristet, wird man lieber Bundestagsabgeordneter mit Ewigkeitsanspruch. Hans Herbert von Arnim hat es in seinem Buch treffend beschrieben: Die Parteien haben sich den Staat zur Beute gemacht. Wir haben keine parlamentarische Demokratie, sondern eine Parteien-Oligarchie.

DW: Wie kommen wir aus diesem Dilemma wieder heraus?
A.W.: Die einzige Medizin, die jetzt noch hilft, ist der konsequente Niedergang. Es muss erst noch viel schlimmer werden, so dass auch nicht mehr zu leugnen ist, wer uns das eingebrockt hat. Insofern wird es für uns alle noch sehr unangenehm werden.

DW: Herr Winter, vielen Dank für das Gespräch.

Hin Da! KULTURKALENDER

27.04.2024 • Heilbronn; Kunstverein Harmonie, Allee 28, 74072 Heilbronn • SYMPOSIUM • »WHO – Eine Verletzung des Grundrechts?; Corona – Eine Aufarbeitung« mit Tom Lausen, Dr. Walter Weber, Dr. Sucharit Bhakdi, Catherine Austin Fitts u.v.m • 14:00 Uhr – 20:00 Uhr • Eintritt: 40 €, Tickets unter: eventfrog.de/rechttrifftmedizin/

27.04.2024 • Ribnitz-Damgarten; Begegnungszentrum, Georg-Adolf-Demmler Str. 6, 18311 Ribnitz-Damgarten • VORTRAG • »Gesundheit »Neu« Gedacht« veranstaltet vom Netzwerk für Humane Medizin • 9:00 Uhr – 17:00 Uhr • Eintritt frei, Anmeldung unter gesundheitneugedacht@use.startmail.com

28.04.2024 • Staufen; Stubenhaus, Hauptstr. 56c, 79219 Staufen • LIEDERABEND • »Leise flehen meine Lieder...« Lieder von Franz Schubert und Klavierstücke mit Samuel Greiner und Rolf Schwoerer-Böhning • 17:00 Uhr • Eintritt frei

02.05.2024 • Berlin; Al Hamra, Raumerstr. 16, 10437 Berlin • KONZERT • »Mensch & Musik« von Lüül und Jens Fischer-Rodrian • 19:30 Uhr

03.05.2024 • Hohen Neuendorf; Mensa in der Waldgrundschule, Waldstr. 3, 16540 Hohen Neuendorf • LESUNG • »Ins Moralgefängnis und wieder heraus« mit Dr. Michael Andrick, anschließend Diskussion • 18:30 Uhr – 20:30 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Eintritt frei, Reservierung unter kontakt@oberhavel-steht-auf.de

04.05.2024 • Woltersdorf; Hummelchen, Fangschleusenstr. 2, 15569 Woltersdorf • KONZERT • »Benefizkonzert« mit Krähe, Bernd der Trommler und weiteren Überraschungsgästen • 14:00 Uhr • Eintritt frei, Spenden erbeten

11.05.-12.05.2024 • Berlin; genauer Ort wird Teilnehmern per Mail bekannt gegeben • BUCHMESSE • das Debatten Netzwerk Idearium, gegründet von Thorsten Weiss lädt ein zu Podiumsdiskussionen, Lesungen, Vorträgen und Infoständen von Verlagen • Sa, 10:00 Uhr – 20:00 Uhr, So, 10:00 Uhr – 16:00 Uhr • Eintritt: 15€ bar vor Ort nach Anmeldung unter thorsten-weiss.de

15.05.2024 • Dresden; Altstadt, exakter Ort wird bekannt gegeben • VORTRAG • »Viren sind nicht das Problem ... bleiben Sie besonnen« von Dr. Wolfgang Wodarg • 19:00 Uhr • Eintritt frei, Spenden willkommen; Anmeldung unter team-marcus.de/termine/premiere-wolfgang-wodarg/

16.05.2024 • Berlin; Al Hamra, Raumerstr. 16, 10437 Berlin • KONZERT • Rotatonics, le plus petit grand orchestre • 19:30 Uhr

24.05.-25.05.2024 • Braunsbedra • Pfännerhall, Grubenweg 4, 06242 Braunsbedra • KONGRESS • NuoViso präsentiert den NuoFlix Kongress mit Robert Stein, Frank Stoner, Charles Fleischhauer, Katrin Huss, Markus Krall, Wolfgang Effenberger, Tom Lausen, Hans-J. Maas, Werner Kirstein • Tickets: 145 € unter nuovisoshop.de

01.06.2024 • Deggendorf; Stadthalle, Edlmairstr. 2, 94469 Deggendorf • FESTIVAL • »Fairändern« Vorträge von Christian Kreis, Christian Felber und Thomas Hann, Musik von Rairda • 15:00 Uhr – 21:00 Uhr • Tickets: 25 € unter deggendorfmiteinander.de

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-Mail an *veranstaltung@demokratischer-widerstand.de* Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über *https://nichtohneuns.de*

KOMM ZU DEN BESTEN! KOMM ZU UNS!

KOLUMNE MEDIEN

von Anselm Lenz
(Urlaubsvertretung Prof. Meyen)

Und nochmal! Über 20.000 Totgespritzte, über 600.000 Nebenwirkungen, darunter über 15.000 bei Kindern. So die »geschönten« Daten der EU. Warum schlafen auch manchen Alternativmedien die Füße ein?

Meine erste Antwort darauf: Nicht wenige Alternativmedienmacher – das ist meine Erfahrung – hängen am Ende doch am Tropf des Parteiensumpfes oder wollen recht bald hinein ins große Business mit Macht und Meinung. Sie sind nicht mehr getrieben von Aufklärungseifer, Demokratiebewegung oder der Empörung über Missstände und Unrecht. Nein, sie hoffen noch darauf, dass etwa »die SPD endlich wieder zur echten SPD« werde, wie man sie bis in die 1990er erlebt hatte (als hätte es 1914 nicht gegeben). Oder dass die CDU/CSU doch »endlich wieder deutsche, zumindest christliche Interessen« vertrete (als wäre sie ab Juni 1945 ausgerechnet dafür gegründet worden; die Coro-Nato-Union schlechthin).

Zum Zweiten: Das Thema Spritzengenozid ist sehr unangenehm, todtraurig, intrinsisch bedrohlich, schwierig in die eigene Lebensführung zu integrieren. Wo mans sich als Gegner von Aufrüstung und Kriegstreiberei noch einfach machen kann (»bin immer gegen Krieg«), ist es mit dem Thema Spritzengenozid schon schwieriger. Die Mehrheit hat die MRNA-Suppe im eigenen Körper. Dass er damit möglicherweise dem vorzeitigen Tod geweiht ist, sagt sich dem Nachbarn nicht mal so eben am Gartenzaun. Schon eher aber die Forderung, Steuermilliarden für Grenzsicherung und Familienförderung auszugeben, anstatt sie für die US-Nato-Expansionskriege zu verfeuern.

SPRITZENGENOZID AUCH VON ALTERNATIVEN GEMIEDEN

Weit genug weg sind die Konflikte um Leben und Tod, tun können wir hier nicht viel für Gaza oder eine neutrale Ukraine. Da demonstriert es sich ganz unbeschwert – und »bitte keine Revolution, denkt nichtmal dran«! Die Macht sei halt nichts »für die da unten«, meint eben auch so manch ein verhinderter Machthaber und Heimautor im Pyjama. – Ich meine: Wir brauchen echte Karriereverweigerer und nicht nur die Verlierer von gestern, die bis zum Sankt Nimmerleinstag ihre Wunden aus längst vergangenen Schlachten lecken. – Sogar als Veteran der Disziplin Karriereverweigerung gebe ich zu: Das ist leichter gesagt als getan! Sollte ich Kurse anbieten? Arbeitstitel: »Mensch! Komm zu den Besten! Komm zu uns!« Ach, das mache ich ja schon.

Anselm Lenz, geboren 1980 in Hamburg, war schon Marinesoldat, Metallarbeiter, Redenschreiber, Staatstheaterdramaturg, Inlandsredakteur – und Hausmann. Seit 25 Jahren publiziert er als Journalist und Buchautor, heute ist er zudem Demokratiebewegungsgründer, Verleger und Vater.



WAS IST WAHRHEIT?

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

Von Dr. Günther Riedl

Konfuzius: »Wer die Wahrheit sagt, braucht ein schnelles Pferd« – denn die Wahrheit ist ›unerhört‹. Wer sich aufs Lügen verlegt, braucht dagegen ein gutes Gedächtnis. Benjamin Franklin: »Nur die Lüge braucht die Stütze der Staatsgewalt, die Wahrheit steht von alleine aufrecht.« Wir erleben Lug und Trug mehr als genug samt Manipulation und »schlagenden« Argumenten zu ihrer Durchsetzung.

Nebst Lüge ist Ungerechtigkeit ein weiteres Gegenstück zur Wahrheit. Paulus sagt (2. Thess. 2,12): »Gerichtet werden alle, die der Wahrheit nicht glauben, sondern haben Lust an der Ungerechtigkeit.« Der Wahrheit glauben, ist nämlich keine Philosophie, sondern praktizierte Gerechtigkeit. Wer nicht streiten will, sagt: »Du hast deine Wahrheit, ich meine.« Doch was sind das für ›Wahrheiten‹, die subjektiv und ganz verschieden sind? Wenn alles gleich gültig ist, ist alles gleichgültig. Sagt aber jemand, er kenne eine (die) objektive Wahrheit, so gilt er als intolerant. Was nun, wenn einer nicht nur sagt, dass er die Wahrheit weiß, sondern dass er die Wahrheit ist? Das hat in der Weltgeschichte nur einer getan. Als Jesus zu Pilatus von Wahrheit sprach, sagte dieser zu ihm: »Was ist Wahrheit?« Warum blieb diese Frage unbeantwortet? Weil Pilatus die Wahrheit nicht zu finden, sondern zu vermeiden suchte.

Wie kommt die Wahrheit daher? Dazu Romano Guardini in seinem Buch »Der Herr«: »Je mehr Wahrheit Wahrheit ist, desto weniger vermengt sie sich mit Druckmitteln, desto weniger schaltet sie die Freiheit des Geistes aus. Sie hat nicht die geringste Gewalt nötig, um wahr zu sein. Sie ist wahr an sich. Gewalt würde sie nur verdecken. Darum bewaffnet sie sich allein mit Wahrheit und ist im Übrigen wehrlos. Darum kann sie auch so leicht beiseitegeschoben und lächerlich gemacht werden. Das gilt nun in einem besonderen Sinn für die heilige Wahrheit. Weil sie die Höchste an Rang ist, muss sie nach jenem Gesetz die Geringste an Macht sein. So kam der Wahrhaftige in der Schwäche der Knechtsgestalt. Jede andere Gestalt hätte den ›Treuen und Wahrhaftigen‹ verdächtig gemacht. In der Parusie aber werden Wahrheit und Macht eins werden und die Wahrheit endlich so viel gelten als sie wahr ist. Damit erfüllt sich ein tiefstes Geistesverlangen.«

Parusie ist die Wiederkunft Jesu mit dem unwidersprechlichen Erweis der Wahrheit. Stellen Sie jetzt die Frage des Pilatus und hören Sie die Antwort Jesu (Joh. 14,6): »Ich bin der Weg und die Wahrheit und das Leben; niemand kommt zum Vater denn durch mich.«

Dr. Günther Riedl, 30 Jahre Kinderarzt in Uelzen, seit 2020 Öffentlichkeitsarbeiter und Arzt für alles Nötige.



SPORT MIT BERTHOLD

KEIN TAG OHNE MRNA-TOTE ATHLETEN

Stell Dir vor, wieviele jetzt mit der Angst leben müssen, ob die mRNA-Impfung plötzlich ihr Leben verändert! Ich kann mir auch vorstellen, dass viele Menschen versuchen, das Ganze zu verdrängen.

Es gehört schon viel Courage dazu, sich selbst einen Fehler einzugestehen und den Gedanken zuzulassen, dass man sich eine schädliche Substanz hat verpassen lassen. Zuletzt stürzte das Lügengebäude auch »offiziell« ein mit der erzwungenen Veröffentlichung der RKI-Protokolle. Doch der *Mainstream* hat das Thema ganz defensiv behandelt. Viele scheinen noch auf das »offizielle« Zeichen zu warten, dass die Lügen und die Schädigungen durch die Injektionen jetzt angegangen werden dürfen. Das Corona-Komplott wurde jedenfalls bis heute nicht von einem unabhängigen Untersuchungsausschuss aufgearbeitet. Der Sport ist davon stark betroffen: Es vergeht kein Tag, an dem kein Athlet verstirbt – »plötzlich und unerwartet«, teils dokumentiert von Presse- und Handykameras. Gestern habe ich etwas über einen 34-jährigen Schweizer Marathonläufer gelesen. Anscheinend sind Leistungssportler besonders stark durch die Injektion gefährdet. Irgendwann kommt der Tag der Abrechnung mit den Hinter- und Schattenmännern und -frauen. Ich erwarte aber während der Fußball-Europameisterschaft in Deutschland, die am 14. Juni beginnt, was die Mannschaften betrifft, keine Vorfälle. Ich gehe davon aus, dass fast alle Spieler nicht »geimpft« sind.

LEVERKUSEN DÜPIERT FCB

In der Bundesliga gibt es erstmals seit elf Jahren wieder einen anderen Meister als den FC Bayern. Leverkusen spielt eine historische Saison, man kann vor der Mannschaft und dem Trainerteam nur den Hut ziehen, das ist ganz großes Kino! Man erkennt beim Coach Xavi Alonso die Handschrift von Rafa Benítez: Bärenstarke Defensive, so gewinnt man Titel!

Der FC Bayern hat den fünftteuersten Kader Europas, die Verantwortlichen müssen sich nun Fragen gefallen lassen. Einige Spieler, wie zum Beispiel Upamecano, kommen nicht annähernd an Ihr früheres Leistungsniveau heran. Konstanz war in dieser Saison nicht vorhanden. Seit Jahren findet sich kein rechter Verteidiger von internationaler Klasse. Nach der Entlassung von Kahn und Salihamidžić entstand ein Vakuum im Bayern-Management. Rummenigge wurde wieder aktiviert und anscheinend hat auch Hoeneß wieder aktiv an der Kaderplanung mitgewirkt. Beim FCB scheinen grundsätzliche Fragen über die Unternehmensführung im Raum zu stehen, trotz Erreichen des Halbfinales in der Champions League. Der geplante Kaderumbau wird eine Mammutaufgabe, denn der Markt für Bayernspieler ist in Europa klein, bedenkt man die sehr hohen Gehälter der Spieler.

»Diese Zeitung wird es noch lange geben!«, so Thomas Berthold. Er ist u. a. Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

DURCH KEINE URSACHE IN DER WELT KANN DER MENSCH AUFHÖREN, EIN FREI HANDELNDES WESEN ZU SEIN. IMMANUEL KANT

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*